Montag, den 9. Juli 1923. 95. Jahrgang. — Nr. 113.

Bochumer Zeitung
Märkischer Sprecher

Bezugspreis: In Bochum und Umgebung monatlich 25 000 Mk., (im voraus zahlbar) frei Haus, durch die Post bezogen monatlich 25 000 Mk. ohne Bestellgeld. — Erscheint an allen Werktagen morgens. Für unverlangte Einsendungen haftet die Schriftleitung nicht. Rückporto ist beizufügen. — Sprechstunden der Redaktion von 11—12 und 4—5 Uhr. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Aussperrung, Betriebsstörung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung des Blattes oder auf ..... Rückzahlung des Bezugspreises. .....

Rheinisch-Westfälisches Tageblatt
Amtliches Kreisblatt für Stadt- und Landkreis Bochum
Druck: Buchdruckerei Wilh. Stumpf, Kommanditgesellschaft Bochum.
Verlag: Märkischer Sprecher, G. m. b. H., Bochum. Geschäftsstelle: Buddenbergstr. 11, Fernsprecher 125.
Postscheckkonto Dortmund Nr. 3695. Schriftleitung: Buddenbergstr. 4, Fernsprecher 3875.

Anzeigenpreis: Im Verbreitungsbez. 300 Mk., Familienanzeigen 250 Mk., Stellengesuche 200 Mk., Finanzanzeigen 350 Mk.; außerhalb 350 Mk., Finanzanzeigen 400 Mk. für 1 mm Höhe u. 33 mm Spaltenbreite; im Reklameteil, 77 mm breit für 1 mm 1200 Mk. Für die Aufnahme von Anzeigen an vorgeschriebenen Tagen u. Plätzen wird keine Gewähr übernommen. — Beilagengebühr nach Uebereinkunft. — Bei zwangsw. Beitreibung der Einrückungsgebühren durch Klage oder in Konkursfällen wird der bewill. Rabatt hinfällig. Annahmeschluß von Anzeigen abds. 6 Uhr, für größ. nachm. 4 Uhr.

Geistige Kräfte des Wiederaufbaus.

Von D. Dr. Wilhelm Kahl, M. d. R.

Die Arbeitsgemeinschaft der geistigen Berufe Deutschlands hat einen, fast möchte ich sagen, ergreifenden Aufruf an das öffentliche Gewissen erlassen. Die Vertreter aller Kunstzweige, die Schriftsteller, Aerzte, Anwälte, Techniker und andere freien Geistesarbeiter betteln nicht um Mitleid und Gnade. Ihr Recht fordern sie, das seinen unverjährbaren Grund hat in dem Anteil der Geistesarbeit, wie in der Vergangenheit an der Höhe und Blüte von Volk und Staat, so für die Zukunft am Wiederaufbau des Vaterlandes. Kunst und Wissenschaft und in ihnen eiserne Bestandteile nationaler Kraft müssen verloren gehen, wenn ihre Träger und mit ihnen ihre Werke verelenden. Die soziale und politische Bedeutung dieser Sorge kann nicht ernst genug bewertet werden. Es liegt recht eigentlich in dem idealen Gedankenkreis der D. V. P., für sich zu eigen zu machen und noch tatkräftiger als schon bisher an der Beseitigung geistiger Notstände mitzuarbeiten. Noch haben wir aus der Zeit des geistigen Reichtums und Glücks einen ansehnlichen Besitzstand des aus der Arbeit der freien Berufe geschaffenen künstlerischen und wissenschaftlichen Stammvermögens. Aber es schwindet unter der Hand und muß unter dem furchtbaren Druck der Zeitverhältnisse noch weiter abwirtschaften, wenn nicht wirksam helfend eingegriffen wird. Schon jetzt leidet unter einer Art von Siechtum nicht bloß die Schaar der unmittelbar Betroffenen, sondern die Sache selbst. Verödete Tempel wahrer und edler Kunst jeder Art, erstickte wissenschaftliche Unternehmungen. Stillstand von Bauwerken, auf kümmerlichen Betrieb herabgesetzte Anstalten der freiwilligen Wohlfahrts- und Gesundheitspflege, Berufslosigkeit auf den Gebieten des privaten Unterrichts und der Rechtshilfe, hundert andere hart empfundene Mängel in der Befriedigung der geistigen Volksbedürfnisse sind ebensoviele Anklagen wie Anzeichen eines beginnenden Niederganges. Das Elend dieser Art liegt immer so offen und erkennbar auf der Straße wie andere Not. Seine Opfer wissen es in der Stille mit edlem Stolz zu tragen und sind vielfach die Besten der Nation. Aber nicht um sich selbst ist es ihnen allein oder in erster Linie zu tun. Die Vorkämper der Arbeitsgemeinschaft der geistigen Berufe Deutschlands sind sich bewußt, der Gesamtheit, dem Vaterlande einen Dienst schuldig zu sein. Aus diesem Grunde wenden sie sich an die verständnisvolle Teilnahme und werktätige Unterstützung der ganzen Volksgemeinschaft. Gewiß ist dankbar anzuerkennen, daß die Gesetzgebung in Reich und Ländern schon verschiedentlich helfend eingegriffen hat. Man erinnere sich nur der mancherlei Steuererleichterungen, der Mittel für die wissenschaftlichen Notgemeinschaft und anderen Hilfen. Aber es ist nicht genug. Die Macht der Gesetzgebung hat geistigem Notstande gegenüber gewisse Grenzen. Man muß sie auch warnen, falsche Wege einzuschlagen, wie etwa durch den Versuch, eine festere materielle Unterlage der geistigen Arbeit in den freien Berufen dadurch zu schaffen, daß sie in irgendeiner Form dem Gewerberecht unterstellt werden. Mit gutem Grund weist der Aufruf darauf besonders hin. Ihrem Wesen nach vertragen sie nicht oder nur in beschränkter Weise solche Eingliederung und Bindung. Die Hilfe des Rechts kann hier ebenso nützlich sein, wie den Flügelschlag lähmen. Das meiste hängt von der freien Mithilfe, von dem Gemeinbewußtsein des Wertes und der unbedingten Notwendigkeit der Erhaltung des Standes der freien Berufe für Volk und Staat selbst ab. Fast mehr noch als für seine eigene Zeit gilt heute das Wort Friedrich Wilhelms III. bei Gründung der Berliner Universität im Jahre 1810: der Staat muß durch geistige Kräfte ersetzen, was er an physischer Macht verloren hat. Denn das ist gewiß, daß es einen Wiederaufbau ohne diese geistigen Bauleute und Bausteine nicht geben wird. Hier sind Kräfte und Geheimnisse verborgen, die nicht durch Augenblickserfolge für das Ganze blenden, aber die Bürgschaft der Zukunft in sich tragen. Die Sammlung dieser geistigen Kräfte ist so notwendig wie die Wiederaufrichtung der Wirtschaft und die Heilung der Finanzen. Diese Zeilen sind geschrieben, nicht um hier den Gegenstand zu erschöpfen, sondern um Parteigenossen und weiteste Volkskreise für den Appell der Arbeitsgemeinschaft der geistigen Berufe Deutschlands zu erwärmen, sie zu unmittelbarer Verbindung mit jenen anzuregen und damit ihre Mitarbeit an einem wahrhaft vaterländischen Werke in Anspruch zu nehmen.

Belgisch-französische Proteste in Berlin.

Berlin, 8. Juli. Der belgische Gesandte und der französische Botschafter erschienen gestern abend in der Wilhelmstraße und erklärten, daß die Regierung durch ihre Verordnungen über den passiven Widerstand mitverantwortlich an den Sabotageakten im Rheinland zu machen sei. Es müsse wenigstens gefordert werden, daß die Reichsregierung nunmehr das Attentat bei Duisburg offiziell mißbillige. Der Reichsaußenminister von Rosenberg erwiderte darauf, daß der Vorfall der deutschen Regierung überhaupt erst durch Zeitungsmeldungen bekannt geworden sei, und wies die Behauptung zurück, daß die Reichsregierung an den Sabotageakten die Schuld trage. Der passive Widerstand sei erst hervorgerufen durch den widerrechtlichen Einmarsch ins Ruhrgebiet, und obendrein hätte die Anmaßung von Hoheitsrechten durch die Alliierten im Ruhrgebiet der Reichsregierung die Möglichkeit genommen, überhaupt noch eine politische Kontrolle im besetzten Gebiet in der Hand zu behalten. Sie könne daher für etwaige Taten einzelner nicht verantwortlich gemacht werden, zumal es im vorliegenden Falle an Beweisen mangele, die eine deutsche Schuld an dem Unglück feststellten.

Die neuen Beamten-Gehälter.

Berlin, 8. Juli. Die Verhandlungen über die Beamtengehälter, die im Reichsfinanzministerium stattfanden, wurden am späten Nachmittag abgeschlossen. Es wurde beschlossen, die Teuerungszulagen auf das 237fache und die Frauenzulage auf 168 000 Mark ab 1. Juli zu erhöhen, was einer Erhöhung von 75—80 Prozent gleichkommt.

Englisch-französische Annäherung auf Kosten Deutschlands?

Eine persönliche Note Poincares. — Private Uebermittlung der Pariser Instruktionen an Lord Curzon.

Ein Umfall Baldwins?

London, 8. Juli. Die „Daily Mail" erklärt, aus offiziellen englischen Kreisen erfahren zu haben, daß in England nunmehr ein Expose über Frankreichs Haltung in dem Geiste der von England aufgeworfenen Fragen vorliege. Der tote Punkt in den Verhandlungen sei angeblich überwunden, da die englische Regierung bereit sei, sich nunmehr mit Frankreich über die Hauptforderungen der französischen Regierung unter gewissen Bedingungen zu einigen. Sie wolle aber vorher noch erfahren, was Frankreich mit seinen Besatzungstruppen anfangen wollte, für den Fall, daß Deutschland sich bereitstände, den passiven Widerstand an der Ruhr einzustellen.

Dieser Meldung widersprechen vorläufig noch andere Verlautbarungen, die aus Paris zu uns herüberdringen, weshalb die Bestätigung der „Daily Mail"-Auslassung erst noch abzuwarten ist.

Englisch-französischer Kompromiß?

London, 8. Juli. Obwohl in Downingstreet nicht das geringste über den augenblicklichen Stand der englisch-französischen Verhandlungen zu erfahren ist, greift allenthalben ein nicht zu verkennender Optimismus inbezug auf die Entente-Besprechungen Platz, der sich auch in der gesamten Londoner Presse widerspiegelt. Man hat den Eindruck, daß bei den Besprechungen, die Lord Curzon mit dem belgischen, französischen und italienischen Botschafter in London hatte, eine gemeinsame Annäherung erzielt wurde.

St. Aulaires Mission.

London, 8. Juli. Vollkommen ungewiß sind die Berichte der Londoner Zeitungen darüber, ob St. Aulaire gestern schriftliche Erklärungen bei Lord Curzon hinterließ. Dieser soll dem „Daily Telegraph" zufolge in den letzten zwei bis drei Tagen den Weg zwischen Paris und London ein paarmal hin und zurück gemacht haben. Im letzten Augenblick habe Poincare die Ueberreichung nicht zugelassen, weil er fand, daß seine geschriebenen Mitteilungen zu kühn gehalten seien. Andere Meldungen besagen dagegen, daß St. Aulaire Lord Curzon die schriftlichen Instruktionen zur Verfügung stellte, die ihm aus Paris gesandt worden waren. Diese Mitteilung dürfte unrichtig sein. Vielmehr dürfte die „Daily Mail" recht haben, wenn sie berichtet, daß der englische Botschafter in Paris, Lord Crewe, in seiner gestrigen Besprechung mit Poincare eindringlich forderte, daß die schriftliche Antwort auf den englischen Fragebogen, endlich überreicht werden möge. Das Blatt fügt hinzu, daß Poincare auf den Ausweg verfiel, dem englischen Kabinett keine offizielle, sondern eine persönliche Note zugehen zu lassen, womit angeblich dieser Zwischenfall aus der Welt geschafft wäre und die Verhandlungen fortgesetzt werden könnten. Auch das „Echo de Paris" meldet, daß die dem Grafen St. Aulaire zugegangenen Instruktionen Lord Curzon in privater Weise übersandt wurden.

„Die Entscheidungsstunde der Entente".

London, 8. Juli. Der Londoner Berichterstatter des „Petit Parisien" erklärte, in englischen politischen Kreisen mache man noch immer geltend, daß die englische Regierung auf eine schriftliche Erwiderung Anspruch erheben könne. Zu Beginn der nächsten Woche werde für die Entente die Entscheidungsstunde schlagen, heißt es in einem anderen Pariser Blatt. Andererseits setzt man noch gewisse Hoffnungen auf Amerika. Der „Matin" gibt die Erklärung des diplomatischen Mitarbeiters des „Daily Telegraph" wieder: Die Hauptwirkung des vom Grafen St. Aulaire gestern vormittag unternommenen Schrittes bestehe darin, daß die Unmöglichkeit, den französischen Standpunkt mit dem englischen in Einklang zu bringen, klarer denn je sei.

Italiens bedeutsame Rolle.

London, 8. Juli. Besonderer Bedeutung ist der Unterredung beizumessen, die Lord Curzon gestern mit dem italienischen Botschafter Marquis della Doretta hatte. Habas sagt darüber, daß Italien künftighin bei den Besprechungen eine bedeutsame Rolle spielen wird, und daß es jedenfalls aktiven Anteil nehmen wolle, daß sich die Verhandlungen nicht bloß zwischen England, Belgien und Frankreich abspielen würden. Im allgemeinen neige die Stimmung in London dazu, daß man ein Einvernehmen mit Frankreich herstellen könnte.

Frankreich gegen Beantwortung der deutschen Note.

Paris, 8. Juli. Hier herrscht die Ansicht vor, daß man auf die deutsche Reparationsnote überhaupt nicht antworten solle, wie man auch nicht will, daß die Reparationsfrage mit Deutschland erörtert werde. Die französische Regierung will scheinbar nur das eine: daß Deutschland formell kapituliere, wobei sie sich nicht Rechenschaft abzulegen scheint, welche Folgen eine solche Kapitulation im Innern Deutschlands nach sich ziehen könnte, Folgen, die sogar den Bürgerkrieg herbeiführen könnten. Die englische Regierung möchte aber einen solchen Zusammenbruch Deutschlands unbedingt vermeiden, weil er schlimmste Folgen für die Gesamtlage Europas nach sich ziehen würde.

Japan und die Reparationsfrage.

Tokio, 7. Juli. Die japanische Tagespresse, die von Anfang an das französische Ruhrunternehmen in der schärfsten Weise einmütig verdammt hat, widmet dem Reparationsproblem neuerdings wieder einen breiten Raum. Die „Nichi Nichi" kommt nach einer eingehenden Untersuchung über den Grund der augenblicklichen Unruhe in Europa zu folgendem Schluß: „Der Versailler Friedensvertrag hat Deutschland einen lähmenden Schlag versetzt. Deutschlands Ruin sei in der Tat von Anfang an von den Mächten angestrebt worden. Es wurde Deutschland nicht die geringste Sympathie oder Rücksichtnahme gewährt, um ihm wieder auf die Beine zu helfen. Die Bedingungen, die der Friedensvertrag Deutschland auferlegt hat, sind so streng und hart, daß ihre ehrliche Einhaltung den sicheren Ruin Deutschlands bedeuten würden. Wie unmöglich und anspruchsvoll diese Bedingungen sind, beweist die Tatsache, daß selbst alliierte Staaatsmänner, außer französischen, sich der Notwendigkeit einer Revision des Vertrages nicht verschließen. Zurzeit der Friedenskonferenz standen die alliierten Staatsmänner der selbstverständlichen Tatsache, daß Deutschlands Wiedergeburt für ganz Europa Wohlstand und Glück bedeute, blind gegenüber. Auf der Konferenz standen sich die Halsstarrigkeit der Franzosen und die Ideale des Präsidenten Wilson schroff gegenüber. Die gemäßigten Staatsmänner hatten es nicht vermocht, ihr Programm durchzuführen. Dies alles sei der Grund der jetzigen Unruhen. — Was immer auch Frankreich sage, man muß, wenn man ehrlich ist, zugeben, daß Deutschland bis jetzt den genügenden Beweis erbracht hat, die Bedingungen des Friedensvertrages so loyal zu erfüllen, wie es ihm seine nationalen Mittel gestatten. Das Blatt findet die Haltung dr englischen und amerikanischen Regierung unbegreiflich." — „Was immer auch Deutschland für Vorschläge zum Zwecke der Lösung der Reparationsfrage machen möge," schreibt die „Kokin Asahi", „die Aussicht sei doch gering, daß die Ruhrfrage in Bälde gelöst werde. Die gemäßigten Franzosen betrachten das Reparationsproblem als ein wirtschaftliches und sind gegen eine Umwandlung desselben in eine politische Frage. Es sei jedoch bei der jetzigen politischen Lage Frankreichs und bei der Geistesverfassung weiter französischer Kreise unmöglich, daß diese Ansicht sich Geltung verschaffe. Auch sei Deutschland in seinen Hoffnungen auf englisch-amerikanische Intervention zu seinen Gunsten getäuscht worden."

Die neuen Ruhrbergbau-Löhne.

Bochum, 8. Juli. Unter dem Vorsitz des Reichs- und Staatskommissars Mehlich wurde heute für den Ruhrbergbau folgender Schiedsspruch gefällt:

1. Erhöhung des Hausstands- und Kindergeldes um je 1344 Mark je Schicht,

2. Erhöhung des Leistungslohns um 58 Proz. oder durchschnittlich 37 555 Mark je Schicht.

Dabei ist angenommen, daß die 50 Prozent übersteigende Erhöhung den besonderen durch die Abschnürung veranlaßten Teuerungsverhältnissen des Ruhrbezirks Rechnung tragen soll. Die Erhöhung tritt am 9. d. M. in Kraft. Die Parteien haben den Schiedsspruch angenommen.

Minister Boelitz' Schulsparpolitik

Von Rektor Surmann.

Der Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung Dr. Boelitz hat sich bei Gelegenheit der Besprechung seines Etats im Preußischen Landtag grundsätzlich und auch im einzelnen zur „Sparpolitik auf dem Schulgebiete" geäußert. Was zunächst seine grundsätzliche Stellung zu dieser Frage angeht, so muß ihm jeder einsichtige Volks- und Schulfreund beipflichten, wenn der Minister erklärt: „Es darf unter keinen Umständen die geistige Substanz unseres Volkes angegriffen werden; daneben müssen die Keimkräfte, die in unserem Volke schlummern, unter allen Umständen zur Entfaltung gebracht werden, und schließlich darf die körperliche Ertüchtigung unserer Jugend nicht unterbunden werden. Das Schicksal des deutschen Volkes hängt vor allem von seinen geistigen und sittlichen Kräften ab."

Es ist erfreulich, festzustellen, daß dieser Grundsatz nicht auf seine theoretische Bedeutung beschränkt geblieben ist, sondern sich auch praktisch insofern ausgewirkt hat, daß der preußische Staat noch in der Lage war, die kulturellen Aufgaben, wenn auch unter einer gewissen Selbstbeschränkung, erfolgreich weiter durchzuführen. Sind doch die Ausgaben Preußens auf dem Gesamtgebiete des Ministeriums für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung im Verhältnis zu den übrigen Ausgaben Preußens von 12,59 Prozent im Jahre 1914 nicht — wie man annehmen sollte — gefallen, sondern auf 13,2 Prozent im Jahre 1923 gestiegen.

Bei der fast rein wirtschaftlichen Einstellung unserer Zeit ist es — besonders für den Laien — ein einfaches Rechenexempel, auch auf dem Gebiete der Schule eine erfolgreiche Sparpolitik durchzuführen. Die Schülerzahl der einzelnen Klassen wird erhöht, die Pflichtstundenzahl der Lehrer heraufgesetzt, der Etat für Lehr- und Lernmittel herabgesetzt — und der Erfolg ist da. Ein Erfolg ist allerdings da. Man hat Geld gespart. Aber „die geistige Substanz unseres Volkes ist angegriffen worden". Es ist für jeden Einsichtigen doch eine feststehende Tatsache, daß bei solchen Maßregeln die unterrichtlichen und erziehlichen Erfolge der Schule ganz bedenklich mit „herabgesetzt" werden. Und diese bedauerliche Wirkung ist gerade jetzt besonders groß, wo die Schule in stärkstem Maße unter den Erscheinungen der Nachkriegszeit zu leiden hat. Es ist selbstverständlich zuzugeben — und auch der Minister tut das —, daß auch auf dem Gebiete der Schule gespart werden muß und gespart werden kann. „Wie auf allen anderen Gebieten, so müssen auch auf dem Schulgebiete notwendigste Einschränkungen erfolgen, und es ist notwendig, ein Kompromiß mit der Finanzverwaltung zu schließen." Darin aber zeigt sich Dr. Boelitz auch hier gerade als „Fachminister", daß er sich äußerlichen Sparmaßregeln, die eine schädliche Wirkung ausüben müssen, entgegenstemmt. Er wendet sich daher mit gutem Gewissen gegen übertriebene Forderungen von Zusammenlegung von Klassen, gegen eine zu starke Inanspruchnahme der Lehrkräfte durch eine Uebersteigerung der Wochenstundenzahl, gegen die Herabsetzung der Dauer des Schulbesuchs der höheren Schulen von 9 auf 8 Jahre. Mit Recht betont der Minister, daß sich solche Sparmaßnahmen in der Zukunft aufs bitterste rächen würden.

Es ist allerdings zu bezweifeln, ob die Versuche des Ministeriums, der außerordentlichen Steigerung des Schulgeldes durch die Städte entgegenzutreten, Erfolg haben werden. Die Stadtverwaltungen sind zu ihrem Vorgehen durch die Finanznot gezwungen worden. Hier sind die Verhältnisse wohl stärker als der gute Wille. Immerhin ist hier die Mahnung des Ministers am Platze, „nicht durch überspannte Maßnahmen diejenigen Schichten von Bildungsmöglichkeiten auszuschließen, die bisher vorzugsweise dem Staate die hervorragendsten Beamten und Angestellten gestellt haben. Was nutzt es, wenn durch eine gewisse Gruppe neuer Reicher vielleicht eine vorübergehende, beträchtliche Steigerung erzielt wird und der schwer leidende Mittelstand dabei in Bedrängnis kommt."

Die hier kurz gestreiften Grundsätze des Ministers Dr. Boelitz bei der Durchführung von Sparmaßnahmen auf dem Gebiete der Schule müssen unbedingt beachtet werden. Man hat uns durch ein erbarmungsloses Friedensdiktat fast alles genommen; aber unsere geistigen Güter, unsere Kulturhöhe kann man uns nicht nehmen. Wir müssen uns mit aller Kraft, die uns zu Gebote steht, anstrengen, daß wir in dieser Zeit beispielloser Not unsere Kulturhöhe halten, wenn möglich steigern.

Die Wahrheit über den U-Bootkrieg.

Tirpitz-Interview über die amerikanische Marine.

Berlin, 8. Juli. In englischen Marinekreisen wird die Ansicht ausgesprochen, daß das zwischen England, Amerika, Japan und Frankreich abgeschlossene Marineabkommen in einzelnen technischen Punkten seitens der Amerikaner nicht ganz eingehalten worden sei. Um in dieser Frage die Ansicht einer unparteiischen ersten Autorität zu erfahren, wandte sich der bekannte Vertreter des Hearst-Konzerns, Herr von Wiegand, an den Großadmiral von Tirpitz und legte ihm folgende Fragen vor: 1. Ist der englische Einwand gegen die vergrößerte Reichweite der amerikanischen Marinegeschütze nach dem Viermächtevertrag berechtigt oder nicht? 2. Wie denken Sie über die kürzlichen Bemerkungen des Admirals Sims, des Führers der amerikanischen Flotte im Weltkriege? (In dieser Rede hatte Admiral Sims angeführt, daß nach seiner genauen Kenntnis keinerlei authentische Meldungen über deutsche U-Bootgrausamkeiten vorlägen und daß alle derartigen Erzählungen lediglich Kriegspropaganda seien. D. Red.) Auf die erste Frage antwortete Großadmiral von Tirpitz, er verstehe nicht, wie angesichts der engen Freundschaft zwischen England und den Vereinigten Staaten die Einführung der neuen Geschützreichweiten auf den amerikanischen Kriegsschiffen beanstandet werden könne. Er kenne nicht die mündlichen Verhandlungen von Washington, aber soweit der offizielle Text des Viermächtevertrages bekannt sei, sehe er in dem Vorgehen der Vereinigten Staaten keine Verletzung des Vertrages; es wäre denn, daß die Vereinigten Staaten das Kaliber und die Anzahl der Geschütze und die vereinbarte Aufstellung zu ändern beabsichtigten. Was die Rede des Admirals Sims betrifft, so sagte der Großadmiral von Tirpitz, er wäre schon in einem sehr frühen Stadium des Weltkrieges zu der Ueberzeugung gekommen, daß Amerika in irgendeiner Form England zu Hilfe kommen werde, um den lästigen Konkurrenten abzutun. Ungeachtet, so schreibt der Großadmiral wörtlich, der großen diplomatischen Fehler, die im Weltkriege seitens Deutschland gemacht worden sind, und eine so lähmende Wirkung auf den Seekrieg ausgeübt hatten, war England um das Jahr 1917 herum infolge der deutschen U-Bootangriffe in eine äußerst gefährliche Situation geraten, aus der es durch die Intervention der amerikanischen Staaten gerettet wurde. Speziell die Anstrengungen des Admirals Sims haben die deutsche Seekriegsführung zum Stillstand gebracht. Wenn man ferner bedenkt, daß während des Krieges die amerikanische Presse vollständig unter dem Einfluß des ungeheueren Lügenapparates der britischen Presse stand, ein Einfluß, der sich noch jetzt geltend macht, so muß man anerkennen, daß die Rede des Admirals Sims nur Zeugnis ablegt für seine vornehme Gesinnung, die nicht davor zurückschreckt, die Wahrheit zu sagen, selbst wenn sie unangenehme Konsequenzen nach sich ziehen sollte. Der Großadmiral fügte noch hinzu, daß er bei seiner starken früheren Vorliebe für das englische Volk nicht umhin könne, darüber seine Verwunderung auszusprechen, daß in keiner Nachkriegsveröffentlichung in England eine ähnliche vornehme Gesinnung und der Wunsch, endlich einmal die Wahrheit zu sagen, Ausdruck gefunden hat.

Wiedfeld kommt nach Deutschland.

Newyork, 7. Juli. Der deutsche Botschafter in Washington, Dr. Wiedfeld, wird in den nächsten Tagen nach Berlin reisen, um hier seinen Urlaub anzutreten. Wie wir erfahren, bemüht sich die Firma Krupp nach wie vor um die Freigabe Wiedfelds von seinem Botschafterposten, um seinen Wiedereintritt in das Direktorium der Krupp-Werke zu erreichen.

Die Wahrheit über unsere Reparations-Leistungen.

Berlin, 8. Juli. Im Haushaltsausschuß des Reichstages wies Staatssekretär Dr. Schröder vom Reichsfinanzministerium die irreführenden Aeußerungen des früheren Präsidenten der Reparationskommission, Dubois, zurück. Dubois hatte behauptet, daß Deutschland insgesamt nur 5444 Millionen Goldmark geleistet habe. Demgegenüber stellte Staatssekretär Dr. Schröder fest, daß die Reparationskommission im ganzen 7927426578 Goldmark gutgeschrieben hat. Die Reparationskommission hat sich aber nach ihrem eigenen Eingeständnis noch nicht annähernd mit allen deutschen Leistungen und Lieferungen, die auf Reparationskonto anzurechnen sind, beschäftigt, und es ist daher über die deutschen Gutschriftsforderungen noch keine endgültige Entscheidung getroffen. Die von Deutschland beanspruchten Gutschriften belaufen sich auf rund 20 Milliarden Goldmark. Dabei ist bei der Berechnung nicht der viel höhere volkswirtschaftliche Wert der Leistungen, sondern die Zwangspreise des Versailler Vertrages zu Grunde gelegt worden. Weiter kommen zu diesen 20 Milliarden noch 11,7 Milliarden an unmittelbaren gutschriftsfähigen Leistungen aus dem Wert des liquidierten deutschen Eigentums im Auslande; schließlich noch 3,7 Milliarden aus Reichs- und Staatseigentum in den abgetretenen Gebieten, aus dem Ausgleichsverfahren und aus Ersatz- und Rücklieferungen.

Die Großhandelspreise im Juni.

Steigerung um 137 v. H.

Berlin, 6. Juli. Die Großhandelspreise im Juni und Anfang Juli. In fortschreitender Anpassung an die akute Markentwertung ist das Niveau der Großhandelspreise nach den Berechnungen des Statistischen Amtes des Reiches vom 8170fachen des Friedensstandes im Durchschnitt Mai auf das 19385fache oder um 137 Prozent im Durchschnitt Juni emporgeschnellt. Der Dollar wurde im Durchschnitt Mai mit 47670 Mark, im Durchschnitt Juni bei vorübergehender Senkung in der zweiten Hälfte des Monats mit 109996 Mark oder um 131 Prozent höher bewertet. Dieser Bewegung folgten die Einfuhrwaren mit einer Steigerung vom 13601fachen auf das 31166fache oder um 129 Prozent, während das tieferliegende und der Devisenbewegung erst in gewissem Abstande folgende Preisniveau der Inlandswaren vom 7084fachen auf das 17029fache oder um 140 Prozent anzog. Im einzelnen stiegen: Getreide und Kartoffeln vom 5588fachen auf das 13225fache, Fette, Zucker, Fleisch und Fische vom 7665fachen auf das 16511fache, Kolonialwaren vom 11368fachen auf das 25412fache, Lebensmittel zusammen vom 6335fachen auf das 14840fache oder um 134 Prozent, ferner Häute und Leder vom 12351fachen auf das 29776fache, Textilien vom 17185fachen auf das 39081fache, Metalle, Kohlen und Eisen vom 10687fachen auf das 24980fache, Industriestoffe zusammen vom 11601fachen auf das 27882fache oder um 140 Prozent. Anfang Juli dauert mit der Markentwertung die Preissteigerung auf allen Gebieten der Warenwirtschaft fort. Am Stichtage des 3. Juli erreichte die Gesamtindexziffer der Großhandelspreise das 33828fache des Friedensstandes. Das bedeutet gegenüber dem Stande vom 25. 6. (24618fache) eine Erhöhung um 37 Prozent. Von den Hauptgrupen stiegen die Lebensmittel unter dem Einfluß der Preishausse am Getreidemarkte vom 18730fachen am 25. 6. auf das 29597fache oder um 58 Prozent, die Industriestoffe gleichzeitig vom 35624fachen auf das 41737fache oder um 17 Prozent, ferner Inlandswaren vom 22459fachen auf das 31051fache oder um 38 Prozent und die Einfuhrwaren vom 35410fachen auf das 47714fache oder um 35 Prozent.

Neue Löhne der Reichsarbeiter.

Berlin, 8. Juli. Die gestrigen Verhandlungen im Reichsfinanzministerium mit den Spitzenorganisationen der Reichsarbeiter haben in später Abendstunde zu einer Einigung geführt. In der Ortsklasse A soll der Stundenlohn ohne Ortslohnzulage für Handwerker 8208 Mark, für den ungelernten Arbeiter 7689 Mark ab 1. Juli betragen. Der Höchstsatz für Ortslohnzulage beträgt künftighin 50 Prozent.

Französische Währungssorgen.

Paris, 8. Juli. Das neue Fallen des Franken löst in hiesigen Kreisen unverhohlen Besorgnis aus. Zum ersten Male seit dem Dezember 1920 erreichte der Dollar gestern einen Wert von 17,25 Franken. Bei Schluß der Börse war die Parität 17,25:0055 Franken. Anfangs 1921 erreichte der Dollar ungefähr 16,99 Franken. Während des Jahres 1922 hat er sich zwischen 15 und 11 Franken bewegt. Dieses mißliche Schwanken der französischen Valuta wird auf die stockenden politischen Besprechungen zwischen London und Paris zurückgeführt.

Geheime Vernehmung der Saarregierung.

Paris, 8. Juli. Ueber die jüngste Sitzung des Völkerbundsrates in Genf wird dem „Temps" gemeldet: Die Mitglieder der Saarregierung wurden in einer geheimen Sitzung vernommen. Alle Vertreter dieser Regierung waren anwesend. Es wurden Vorsichtsmaßnahmen getroffen, damit die Beratungen vollkommen geheim blieben. Der Temps-Korrespondent erfährt aber, daß die Vernehmung der Mitglieder der Saarregierung mehr als drei Stunden dauerte. Hauptsächlich wurde der Präsident der Saarkommission, Rault, von Lord Robert Cecil eingehend vernommen. Rault sprach über die Tätigkeit der Regierungskommission. Cecil kritisierte diese eingehend. Die Verhandlungen drehten sich in der Hauptsache um die Verordnungen der Saarregierung zum Schutze ihrer Autorität. Branting als Vertreter Schwedens stellte hierüber verschiedene Fragen.

Ablehnung des Papstbriefes durch die franz. Kammer.

Neues Vertrauensvotum für Poincare. — „Räumung des Ruhrgebiets nur nach Maßgabe der deutschen Zahlungen". — Veröffentlichung des englischen Fragebogens?

Der Papstbrief vor der Kammer.

Paris, 8. Juli. In der französischen Kammer begann die große Interpellationsdebatte über den Papstbrief. Der radikalsoziale Abgeordnete Dumesnil interpellierte über die Haltung des französischen Botschafters beim Vatikan, Jonnart, der von dem Papstbrief keine Kenntnis erhalten hatte. Dumesnil erklärte, daß der Papstbrief in Frankreich die größte Bestürzung hervorgerufen habe und die Katholiken der ganzen Welt zweifelten an Frankreichs gerechter Sache. Allerdings sei der Papstbrief durch einen Kommentar im „Osservatore Romano" und durch den Brief des Pariser Kardinals Dubois abgeschwächt worden, aber der Brief selbst bleibe bestehen, und er wurde in Deutschland mit großer Hoffnung begrüßt, während er in Frankreich starke Unzufriedenheit erregte. Dumesnil erklärte, er wolle nicht die Streitfrage der unseren französischen Politik bezüglich des Vatikans zur Sprache bringen, er müsse aber feststellen, daß der Papst niemals eine günstige Gesinnung für Frankreich gehegt habe. Diese Worte riefen auf der Rechten stürmische Entrüstung hervor. Ein ungeheurer Lärm entstand, der sich erst beruhigte, als Dumesnil erklärte, daß der Papst gegen die von Deutschland begangenen Verbrechen niemals protestiert habe. Dumesnil bestritt die Notwendigkeit einer französischen Botschaft beim Vatikan. Wenn sie bestehen bleiben solle, so müsse er wenigstens erklären, daß sich der Botschafter Jonnart als durchaus unfähig erwiesen habe. Er erwarte von Poincare eine bestimmte Erklärung über die Haltung der Regierung gegenüber dem Papstbrief. Sodann sprach der Abgeordnete Marc Sanguier über die Rückwirkungen, welche die auswärtige Politik der französischen Regierung auf die öffentliche Meinung der ganzen Welt zur Folge habe.

Zuletzt nahm Herr Poincare das Wort. Er sagte, daß keine Rede davon sein könne, wegen dieses Briefes den Vertreter Frankreichs beim Vatikan abzuberufen. Wenn man jedesmal einen Geschäftsträger abberufen wollte, sobald sich ein Zwischenfall zwischen zwei Ländern ereigne, so wäre kein Ende des Diplomatenwechsels abzusehen. Schon seit Ludwig XIV., so fuhr Herr Poincare fort, habe man in Frankreich die Einmischung des Vatikans in die Staatsgeschäfte Frankreichs nicht zugelassen. Schließlich erklärte Poincare mit Betonung auf die Bemerkung des Papstes zur Ruhrbesetzung, **daß das Ruhrgebiet nur nach Maßgabe der eingehenden deutschen Zahlungen geräumt werden würde.**

Bei der darauf folgenden Abstimmung wurde die der Regierung das Vertrauen aussprechende Tagesordnung mit 388:190 Stimmen angenommen.

Frankreichs Räumungs-„Bedingungen".

Paris, 7. Juli. Während der gestrigen Kammerdebatte über den Papstbrief erklärte Poincare noch, wir haben bis jetzt die Anwendung des Versailler Vertrages beharrlich fortgesetzt. Daran kann uns keine Macht hindern, weil Frankreich bereits 100 Milliarden auf Rechnung Deutschlands vorgeschossen hat. Schließlich erneuerte der französische Ministerpräsident zur Ruhrfrage seine schon so oft abgegebene Versicherung: Wir sind an die Ruhr gegangen, damit Deutschland seine Versprechungen hält. Es leistet Widerstand und vergißt, das Blut unserer und der belgischen Soldaten. Möge es zunächst auf diesen verbrecherischen Widerstand verzichten, und wenn Deutschland dann (!) seine Verpflichtungen innehält, werden wir die Ruhr, je nach dem es sein Versprechen hält, allmählich räumen. Unsere Freunde und der Vatikan werden sich davon überzeugen. Wir werden alles tun, um ihnen zum Triumph zu verhelfen. Nach Poincare ergriff General Castelnau das Wort und erklärte, daß der Standpunkt des Vatikans an den guten Willen appelliert.

Sogar Geddes für schnelle Reparationslösung.

London, 7. Juli. In einer Rede über die Regelung der Ruhrfrage erklärt Sir Eric Geddes: Frankreich ist noch immer unser Alliierter; es ist noch immer unser Freund. Aber wir sind berechtigt, so zu sprechen, wie es einem Volk zum andern geziemt. Wir müssen Frankreich sagen: Wir standen im Kriege bei Euch. Aber Ihr verfolgt eine Politik, die wir nicht für weise halten und die uns in mehr als einer Hinsicht berührt. Bei einer solch offenen Erklärung würde die Freundschaft Frankreichs nicht nachlassen. Die ganze Handelswelt des Landes, die der Arbeiterschaft Beschäftigung gibt, sagt allgemein, ehe nicht die Ruhrfrage endgültig geregelt sei, werde die Arbeitslosigkeit größer und größer. Sofort müsse das europäische Problem gelöst werden, und Frankreich müsse wissen, welchen Schaden es Groß-Britannien zugefügt. (Anm. d. Red.: Sir Eric Geddes war 1915 Direktor des Munitionsamtes, dann Leiter des Transportwesens, 1917-18 Erster Lord der Admiralität und 1919-21 Verkehrsminister.)

Eine Erklärung Baldwins?

Paris, 8. Juli. Ueber die längere Besprechung Poincares mit dem englischen Botschafter in Paris, Lord Crewe, und gleich danach mit dem amerikanischen Botschafter Herrick wird auf dem Quai d'Orsay strengstes Stillschweigen bewahrt. In politischen Kreisen in Paris ist man sichtlich beunruhigt. Man glaubt, daß England nicht mehr zögern werde, eine öffentliche Erklärung über seine Politik abzugeben, da sich ein Einvernehmen mit Frankreich nicht herstellen lasse. Man erwartet eine solche Erklärung von Baldwin für Mitte der nächsten Woche. Wahrscheinlich wird dann auch der Frankreich übermittelte englische Fragebogen veröffentlicht werden und Baldwin wird gleichzeitig hinzufügen, daß er in die französische Reparationspolitik keinen klaren Einblick gewinnen könnte. Diese Politik wird als verfehlt erklärt und hinzugefügt, daß durch die Ruhrbesetzung die Leistungsfähigkeit Deutschlands stark herabgemindert wurde. Der „Manchester Guardian" meldet, daß für England nichts anderes übrig bleiben werde, als separate Besprechungen mit Deutschland einzuleiten. Die „Daily News" führt aus, die englische Regierung werde bei einer solchen Separataktion die Mehrheit des englischen Volkes hinter sich haben. Der „Temps" macht neuerlich dafür Stimmung, daß zunächst einmal über die Reparationszahlungen verhandelt werden soll. Nach Maßgabe der Begebung der deutschen Schuld auf dem Weltmarkt könnte die Räumung des Ruhrgebiets erfolgen. Würde man auf diesem Wege vorgehen, so gebe es zwischen Frankreich und England keine weitere Verstimmung.

Englische Küstensicherung.

London, 8. Juli. Der Sekretär für das Flugwesen erklärte gestern, er sei der einzige Minister, dessen Voranschlag für dieses Jahr eine Zunahme der Unkosten zeige. Da Großbritannien ein großes Reich sei, müsse es seine nationale Sicherheit versichern. Wer immer der Freund Großbritanniens sein mag und wie vorzüglich die Beziehungen zu diesem Freund seien, so könne man jedoch nicht die Küste Großbritanniens einem feindlichen Angriff offenhalten.

Rüstungsfieber auch in Italien.

Rom, 8. Juli. In einem Artikel der „Idea Nazionale" heißt es: Italien hat nur einen Ausweg, zu rüsten, um das eigene Recht zu verteidigen und, was das Heer anbetrifft, sich vom Völkerbund keinen Pakt aufzwingen zu lassen, der sein Recht, zu rüsten, nicht in gleichem Maße anerkennt wie bei allen übrigen Staaten, die auf der Pariser Konferenz als „Mächte und Generalinteressenten" bezeichnet wurden. Was die Marine anbetrifft, müsse Italien bis zum höchsten Grade die Parität mit Frankreich durchsetzen. Was das Flugwesen anbelange, müsse es bestrebt sein, ohne Unterlaß den gleichen Rang anzustreben, wie ihn die größte Macht Europas innehabe. Vor allem müsse es alle Anstrengungen, besonders auf militärischem Gebiet, machen, damit die geschichtlichen Notwendigkeiten sich verwirklichen, die in der Freiheit und Expansion Italiens, vornehmlich im Mittelmeer, gipfeln. Gegenüber der unabwendbaren Notwendigkeit, sich zu rüsten, könne kein wirtschaftliches Opfer zu groß sein, weil die sonst bevorstehende Bedrückung nicht nur die politische Machtstellung Italiens bedrohe, sondern auch, vielleicht noch in größerem Maße seine Freiheit und sein wirtschaftliches Leben überhaupt. Es wäre in der Tat blinder Wahn, wenn von Seiten Italiens, um unserer Wirtschaft ein Opfer zu ersparen, zugelassen würde, daß dieses von der rücksichtslosen, zielbewußten und bewaffneten Gier anderer Staaten erdrosselt werde.

Sahm erbittet Hilfe für Danzig.

Genf, 5. Juli. Der Präsident des Senats der Freien Stadt Danzig, Sahm, bat den hier weilenden Völkerbundskommissar für Danzig um Hilfe gegen die Maßnahmen der polnischen Regierung, die entgegen dem bestehenden Vertrag plötzlich den freien Verkehr von Danzig nach Polen und zurück verhindert und dadurch das Wirtschaftsleben Danzigs, insbesondere die Lebensmittelversorgung durch die Danziger Händler bedroht.

Joffes Verhandlungen in Tokio.

London, 8. Juli. Reuter meldet aus Tokio, daß die für gestern vereinbarte Zusammenkunft zwischen dem Sowjetvertr. Joffe und dem Vertreter Japans, Kawakami, im Einverständnis mit den beiden Delegierten abgesagt wurde. Man glaubt, daß die Fragen bezüglich Nikolajewsk und Sachalin die Verhandlungen auf den toten Punkt gebracht haben.

Kurze politische Meldungen.

Paris, 8. Juli. Wie aus London gemeldet wird, verhandelt der deutsche sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Dr. Breitscheid augenblicklich mit Mitgliedern der Labour Party über die Lage Deutschlands.

Paris, 8. Juli. Eine französische Gesellschaft verteilt alljährlich einen Preis für das schlechteste Buch, welches im Laufe des Jahres erschien. Dieser Preis wurde einstimmig Viviani für seine Antwort auf die Kaisermemoiren zugesprochen.

Lausanne, 8. Juli. Von der türkischen Delegation werden in den nächsten Tagen eine Reihe von Sachverständigen und ein Teil des Delegationspersonals bereits Lausanne verlassen.

London, 8. Juli. Man erwartet, daß Krassin am Samstag in London eintrifft.

Washington, 8. Juli. Der britische Botschafter stellte gestern die Bons des Vereinigten Königreiches im Betrage von 4600 Millionen Dollar dem amerikanischen Schatzamt zu.

Washington, 8. Juli. Bei der Unabhängigkeitsfeier in Portland betonte Präsident Harding, er hoffe, daß die englische und amerikanische Flotte dazu berufen sein werden, den Frieden der Welt aufrecht zu erhalten. An der Feier nahmen Matrosen eines englischen Kreuzers teil.

Die Wirtschaftsreiche der Zukunft.

In der „Gartenlaube" weist Professor Erich Obst auf die moderne wirtschaftliche Entwicklung in allen Erdteilen hin, die zu einer vollständigen Loslösung von der industriellen Vorherrschaft Europas führen und die einzelnen Länder zu geschlossenen Wirtschaftsbezirken mit eigener Rohstoff- und Fertigwarenverwendung verschmelzen wird. In der Neuen Welt bilden tatsächlich die weiten Länderräume vom hohen kanadischen Norden bis hinunter nach Mittelamerika bereits eine Wirtschaftseinheit unter Führung der Union. Kanada gehört auf der politischen Karte zwar zum großbritannischen Kolonialreich, in wirtschaftlicher Beziehung aber ist es ein Glied des nordamerikanischen Wirtschaftsreiches; 70 Prozent seiner Einfuhr entstammen der Union, und von seiner Ausfuhr ist mehr als die Hälfte nach Nord- und Mittelamerika gerichtet. Mexiko mag sich politisch und kulturell noch so sehr gegen die Vorherrschaft der Union wehren, wirtschaftlich ist es ihm längst verfallen, denn an seiner Ausfuhr ist die Union mit 88,5 Prozent, an seiner Einfuhr mit 74 Prozent beteiligt.

Das Gegenstück hierzu erblicken wir in Südamerika, wo namentlich die großen ABC-Staaten (Argentinien, Brasilien, Chile) mehr und mehr zu einem leistungsfähigen überstaatlichen Wirtschaftsverband zusammenwachsen. Roh- und Kraftstoffe spendet die Natur hier in Ueberfülle, und die wachsende europäische Einwanderung beschleunigt die Industrialisierung hier derartig, daß Südamerika bereits als Absatzgebiet vieler europäischer und nordamerikanischer Fertigwaren ausscheidet.

Daß Ost- und Südasien dem gleichen Ziele zustreben, ist eine Binsenweisheit. Der Kampf der Inder gegen britische Waren, ihr Verlangen nach Entwicklung einer bodenständigen indischen Industrie ist im Wesen das gleiche, was wir, jeder politischen Fessel bar, in der Industrialisierung Japans wahrnehmen. Ganz ähnlich liegen die Verhältnisse in Australien und Ozeanien. Wir schätzen diese Gebiete im wesentlichen noch heute als Rohstofflieferer und Abnehmer europäischer Fertigwaren ein. Aber dieses Bild trifft nicht mehr das Richtige. Australien vor allem industrialisiert sich mit Riesenschritten, seine Wolle verarbeitet es in wachsendem Maße im eigenen Lande, und seine Leder- und Eisenindustriee macht von Jahr zu Jahr ungeheuerliche Fortschritte. Anders steht es mit Südafrika. Eine Eisen- und Stahlindustrie hat sich hier in den letzten Jahren herausgebildet, die nicht anders als in jeder Beziehung achtunggebietend genannt werden kann. Was einst die englische Schwerindustrie nach Südafrika lieferte, wird jetzt zu einem erheblichen Teile im Lande selbst fabriziert. Mit den übrigen Wirtschaftsreichen steht es ähnlich. Auch hier die deutlich erkennbare Tendenz, mit der kolonialen Wirtschaftsparole der letzten Jahrhunderte „Rohstofflieferer und Fertigwarenabnehmer" zu brechen, sich selbständig zu machen, die Rohstoffe an Ort und Stelle zu verarbeiten und den Bedarf an Fertigwaren durch Entwicklung einer eigenen Industrie zu decken.

Für Europa ist die hier skizzierte Entwicklung von allerschwerster Bedeutung. Es muß lernen, planvoll zu wirtschaften, wenn es im Wettbewerb mit diesen aufsteigenden Wirtschaftsreichen Schritt halten will. Großes steht auf dem Spiel. Hier gibt es nur vorwärts oder rückwärts. Möge das lebende Geschlecht seine Rolle begreifen. Möge Deutschland als Förderer des Gedankens mit an erster Linie stehen.

Die Besatzungslage.

w. **Horst-Emscher**, 8. Juli. Die „Horster Zeitung" ist von der Besatzungsbehörde auf acht Tage verboten worden.

w. **Essen**, 8. Juli. Seit dem 5. Juli wird die Verkehrssperre auch von den Engländern scharf durchgeführt. Die bisherigen grünen englischen Paßstempel werden für ungültig erklärt. Die Ein- und Ausreise ist nur auf dem neugestempelten Paß zulässig. Dieser berechtigt auch zur Einreise in das französisch besetzte Gebiet.

TU. **Essen**, 8. Juli. In Witten wurde gestern der verschärfte Belagerungszustand verhängt. Von 9 Uhr abends bis 6 Uhr morgens ist Straßensperre angeordnet. Als Grund wird eine angebliche Schießerei auf französische Posten in der vergangenen Nacht angenommen.

w. **Essen**, 8. Juli. Auf dem hiesigen Telegraphenamt ist seit heute ein großes Schild angebracht, auf dem die Worte stehen: „Service telegraphique interallie au premier étage."

w. **Düsseldorf**, 8. Juli. In Düsseldorf sind seit gestern alle Düsseldorfer Zeitungen von der Besatzungsbehörde verboten worden. Von den Franzosen in deutscher Sprache herausgegebene Zeitungen werden kostenlos verteilt.

TU. **Paris**, 8. Juli. Aus Düsseldorf wird mitgeteilt, daß die Besatzungsbehörden sich entschlossen haben, allen Zügen, die das besetzte Gebiet durchqueren, zwei Deutsche als Geiseln mitzugeben, um auf diese Weise eine Wiederholung von Attentaten, wie sie am 30. Juni

verübt worden seien, auszuschließen. Anderen Blättern zufolge soll es sich um eine Maßnahme handeln, die lediglich das Gebiet des Brückenkopfes Duisburg-Ruhrort berührt.

Buer, 8. Juli. Das Kriegsgericht in Sterkrade verurteilte den Schriftleiter Diebold von der Buerschen Volkszeitung zu einem Jahr Gefängnis und 5 Millionen Mark Geldstrafe. Die Verurteilung erfolgte auf Grund eines Berichts über die Erschießung des Tombrink, in dem gesagt worden war, daß der Schuß um fünf Minuten vor 8 Uhr gefallen sei, obwohl erst von 8 Uhr ab die Verkehrssperre in Kraft trat.

Verordnungen der Besatzungsbehörde.

Durch Verfügung des kommandierenden Generals der 40. Infanterie-Division sind die Zeitungen zur Wiedergabe dieser Verordnungen gezwungen.

Wiedergutmachung des durch die inneren Unruhen verursachten Schadens.

Der kommandierende General der 40. Infanterie-Division erläßt die folgende Verfügung:

1. Die Wiedergutmachung der Beschädigungen oder der materiellen oder körperlichen Schäden, die unmittelbar in Verbindung mit dem Vorkommen von inneren Unruhen durch verbrecherische oder strafbare Handlungen verursacht sind, namentlich durch die in der Verfügung Nr. 23 angeführten Attentate fällt dem Reich, dem preußischen Staate, sowie den Gemeinden, auf deren Gebiet die erwähnten Handlungen vollführt worden sind, zur Last. Die beteiligten alliierten Behörden und Organe können auf den Vorteil dieser Bestimmungen Anspruch erheben, sowie jede andere Person, welcher Nationalität sie auch sein möge, die unter den vorerwähnten Umständen einen Schaden erlitten hat. Die Bitten um Entschädigung sind innerhalb 6 Monaten an den kommandierenden General zu richten, der nötigenfalls die Schadenersatzbeträge festsetzt. Der von einer armen Gemeinde geschuldete Schadenersatz wird von dem kommandierenden General ganz oder teilweise auf eine Gruppe von Gemeinden verteilt, zu der die arme Gemeinde gehört.

2. Die verschiedenen in Artikel 1 angeführten Gesamtheiten haften wechselseitig für die Zahlung der bewilligten Entschädigungen. Gegebenenfalls steht ihnen zu, Rückanspruch gegen die wechselseitig haftenden Mitschuldner in dem durch das deutsche Gesetz vom 12. Mai 1920 festgesetzten und gemäß dem in diesem Gesetz vorgeschriebenen Verfahren. Sollte die freiwillige Zahlung verweigert und deshalb Zwangsvollstreckung nötig sein, wird der kommandierende General eine oder mehrere Gesamtheiten bestimmen, gegen welche die Zwangsvollstreckung ausgeführt werden soll.

3. Diese Verfügung tritt am 1. Juli 1923 in Kraft.

Erhebung von Zöllen und Gebühren in wertbeständigen Devisen.

In Erwägung, daß es darauf ankommt, die Verluste, die aus den schnellen Schwankungen des Markkurses für die Betriebsämter der Pfänder entstehen, soviel wie möglich zu vermindern, verfügt der kommandierende General was folgt:

Artikel I.

Die bei der Einfahrt durch die Westgrenze oder durch den Rhein in die besetzten Gebiete erhobenen Einfuhrzollgebühren werden nicht mehr in Papiermark, sondern nach Belieben des Einführenden in französischen, belgischen und luxemburgischen Franken, in italienischen Liren, in Pfund Sterling, in amerikanischen Dollar und in holländischen Gulden bezahlt. Die in diesen wertbeständigen Währungen zu erhebenden Summen werden erhalten, indem mit den im interalliierten Zolltarife der Hohen Rheinlandskommission angegebenen Sätzen — dieser Zolltarif ist am 25. März in Kraft getreten — ein Koeffizient zur Anwendung kommt, der den Zollämtern regelmäßig telegraphisch mitgeteilt wird. Eine Sonderinstruktion des Vorstandes der Zollverwaltung wird die Bedingungen bestimmen, denen zufolge dieser Koeffizient festgesetzt wird.

Artikel II.

Die bei der Aushändigung der Erlaubnisscheine zu zahlenden Gebühren werden in derjenigen Währung bezahlt, die auf diesen Scheinen angegeben ist.

Artikel III.

Diese Verfügung tritt am 1. Juli in Kraft.

Aus den Provinzen.

Gelsenkirchen, 7. Juli. Schiebungen bei den Großmühlen. Die Polizei in Gelsenkirchen ist hinter Schiebungen der hiesigen Großmühlen gekommen. Es ist, wie die „Rh.-W. Ztg." berichtet, durch Zeugenaussagen erwiesen, daß in den beiden hiesigen Großmühlen, die städtisches Getreide vertragsmäßig zu bezugspflichtigem Mehl verarbeiten, Unregelmäßigkeiten dadurch vorgekommen sind, daß fremdes Mehl für städtisches markenpflichtiges Mehl eingeschoben wurde und daß dem städtischen Mehl wiederholt Nachmehl beigegeben worden ist. Dem städtischen Mehl wurden wiederholt größere Mengen entnommen und weniger gutes Mehl zugesetzt. Die Angelegenheit wurde der Staatsanwaltschaft übergeben, die die Verhaftung der Mühlenbesitzer, der Geschäftsführer und der beiden Obermüller anordnete. Die Verhafteten wurden kurz nach der Vernehmung wieder freigelassen. Die Mühlen wurden von der Stadtverwaltung nach Benehmen mit einem sofort eingesetzten Verwaltungsausschuß geschlossen und den Inhabern die Großhandelserlaubnis entzogen. Den Betrieb der größten Mühle hat die Stadt aber wieder aufgenommen, um das für die Versorgung der Bevölkerung der Stadt und mahlberechtigten umliegenden Gemeinden sicherzustellen. Damit ist die Versorgung der Bevölkerung gesichert.

* **Buer**, 7. Juli. Die Lebensmittelknappheit in der Stadt Buer macht sich infolge des eingeschnürten Verkehrs in beängstigender Weise bemerkbar. Viele Lebensmittelgeschäfte schließen schon nachmittags um 6 Uhr und geben die einzelnen Lebensmittel nur noch pfundweise ab. Auch in Textilwaren herrscht großer Mangel. Die Abgabe wird auf 4 bis 5 Meter beschränkt. Die Preise gehen infolge der gänzlich aussetzenden Zufuhr sprunghaft in die Höhe. Für alte Kartoffeln wurden heute 135 000—150 000 Mk. der Zentner bezahlt.

* **Münster**, 7. Juli. Die Monstranz-Diebstahlsaffäre beschäftigt die bekanntesten deutschen Detektive. Die bisherigen Feststellungen, welche bekanntlich zur Verhaftung des zweiten Küsters geführt haben, sollen Spuren ergeben haben, die darauf schließen lassen, daß ein Teil der Beute nach Holland verschoben worden ist. Der Kunstwert der geraubten Monstranz, die aus der Barockzeit stammt, ist nicht sehr erheblich, auch in rein handwerklich artistischer Hinsicht, dagegen ist der Materialwert unschätzbar. Die 9 Pfund schwere, aus Dukatengold bestehende Monstranz war in brasilianischen Diamantrosen instruiert. An der Lunula befanden sich einige besonders kostbare, mehrere karatschwere Brillanten. In dem die Monstranz krönenden Kruzifix befand sich der berühmte Riesenrubin von selten schöner Farbe, dessen Wert kaum zu schätzen ist, da Rubine in dieser Größe und in der Taubenblutfarbe kaum angeboten werden und auf dem Juwelenmarkte nicht erhältlich sind.

* **Essen**, 7. Juli. Eine frudige Ueberraschung wurde einer ganzen Anzahl der vom Waldeck-Pyrmonter Verein nach Waldeck entsandten Kinder zuteil. Ein in dem Orte Frebershausen (seinem Geburtsort) zurzeit weilender Amerikaner ließ sämtlichen dort untergebrachten Ruhrkindern neue Schuhe und Kleidungsstücke anfertigen.

* **Essen**, 7. Juli. Die abnormale Witterung hat auch andere abnorme Erscheinungen im Gefolge. Im hiesigen Gebiet stehen zurzeit zahlreiche Birnbäume, die bereits Früchte angesetzt haben, zum zweiten Mal in voller Blüte.

* **Köln**, 7. Juli. Vereitelter Mordversuch. Drei Knaben beobachteten auf dem Deutzer Friedhof eine Frau, die ihr Kind zu töten versuchte, indem sie es mit dem Kopf an einen Baum schlug. Auf die Rufe der Kinder, daß sie sie der Polizei anzeigen würden, floh die Rabenmutter. Die Polizei hat bisher keine genauen Feststellungen über den Vorgang machen können.

Buntes Allerlei.

Wo sind die Zehnpfennigstücke geblieben? fragte Spektator in der „Gartenlaube". Auf dem Rhönsegelflug im August 1922 machte ein Segelflugzeug ein gewisses Aufsehen, das ein einfacher Tischler sich mit ganz primitiven Mitteln gebaut hatte. Es wurde damals berichtet, daß er anstatt kleiner durchlochter Metallscheiben als Unterlage für Schrauben Zehnpfennigstücke, in die er ein Loch geschlagen, verwandt hatte, weil er diese Scheiben nirgends so billig hatte bekommen können, wie das Deutsche Reich sie damals schon weit über dem Selbstkostenpreis lieferte. Damals stand der Dollar erst auf 1000. Und trotzdem hat man bei uns die sinnlose Ausprägung von Fünf- und Zehnpfennigstücken in Millionenbeträgen Monat um Monat bis in den November fortgesetzt, während schon überall bei öffentlichen Kassen alle Pfennigbeträge einfach gestrichen wurden. Seltsam ist es nur, wohin diese Massen von Fünf- und Zehnpfennigstücken eigentlich gekommen sind? Niemand hat doch mehr welche, und man sieht keine mehr. Wahrscheinlich werden viele in technischen Betrieben aufgebraucht, wenn man kleine Metallscheiben braucht. Es bleiben eben unerklärliche Vorgänge immer als ein Rest. Wo kommen z. B. die alten Zylinderhüte hin? Mit ihnen die Neger in Afrika zu versorgen, ist einigermaßen umständlich und teuer geworden. Aber auch die neue Scheidemünze, das Zweihundertmarkstück, wird schon von der Industrie als bequemes Selbstfabrikat benutzt. Ein findiger Kopf fertigt aus diesen Aluminiumstücken, die er für 250 Mark kauft, Fingerhüte an, die er dann für 1000 Mark verkauft.

Kp. Kants neues Grab. Das Grab des großen Königsberger Philosophen sollte eine würdige neue Form erhalten, zu welchem Zwecke ein künstlerischer Wettbewerb ausgeschrieben worden war, der trotz Beteiligung namhafter Künstler des Reichs ergebnislos verlief. Ein zweites Ausschreiben nur innerhalb ostpreußischer Architekten und Bildhauer hat nun zu einer Entscheidung geführt, und zwar wird mit der Ausführung des neuen Kantgrabes, das anstelle der alten Stoa Kantiana errichtet werden soll, der Architekt der Königsberger Kunstakademie Lahrs, der weiteren Kreisen durch die Machnower Schleuse bei Berlin bekannt geworden ist, beauftragt werden. Nach einer Mitteilung von Ulrich Valtzer in dem „Kunstwanderer" hat Lahrs über den Gebeinen des Philosophen unmittelbar am Ende des Domchores eine schlichte offene Pfeilerhalle geplant, die nur durch ein Gitterwerk nach außen abgeschlossen ist. In der Mitte der Halle wird ein Sarkophag — auch dieser in den einfachsten Formen — zur Aufstellung gelangen. Zu diesem preisgekrönten Entwurf äußert sich der Referent kritisch dahin, daß er wohl nicht dem entspricht, was nicht nur Königsberg und nicht nur Deutschland, sondern was überhaupt die ganze Welt von einer künstlerischen Gestaltung der Kantschen Begräbnisstätte erwartet hat. Aber im Rahmen der architektonischen Entwürfe war er sicher einer der besten.

Das Geheimnis der italienischen Geigen. Lange Zeit hindurch hat man vergeblich das Geheimnis zu ergründen versucht, wodurch die großen italienischen Geigenbaumeister den wunderbaren Wohlklang ihrer Geigen erzielten. Man untersuchte das Holz, den Lack. Ohne Erfolg. Bis es in neuerer Zeit Prof. F. J. Koch gelungen ist, dies Rätsel zu lösen. Wie Dr. Albert Neuburger in der „Umschau" (Frankfurt a. M.) ausführt, waren es vor allem die mikroskopischen Untersuchungen des Gelehrten, denen er das Holz der Geigen unterwarf, die ihn erkennen ließen, daß der „Timbre" des Tons in erster Linie eine Funktion des Materials ist. Der obertonreiche, weiche und tragfähige, voluminöse Klangcharakter konnte nur durch Schwingungen einer homogenen Masse entstehen, seine Bildung wird zur Unmöglichkeit, sobald diese Masse der Homogenität entbehrt. Und so fand auch Prof. Koch bei Untersuchungen an Dünnschliffen des Holzes alt-italienischer Geigen, daß die alten Meister das Holz ihrer Geigen auf künstlichem Wege homogenisiert hatten. In den Poren der untersuchten Geigen war stets eine durchsichtige Substanz zu erkennen, die diese Poren ausfüllte. Sie gab dem Holz bis zu einem gewissen Grade eine hornartige Struktur. Nachdem nun dies Geheimnis aufgedeckt war, konnte man mit Erfolg daran gehen, Geigen von der Qualität des italienischen Vorbildes nachzuschaffen. Prof. Koch versuchte, Geigenhölzer durch die eindringende Grundierungsflüssigkeit auftrocknender Oele homogen zu machen. Das Verfahren erwies sich als richtig. Die aus derartigen Hölzern hergestellte Geige gab nicht nur beim Anschlagen in noch unlackiertem Zustande einen sehr musikalischen Ton, ihr Holz zeigte auch die bei den alten italienischen Instrumenten so merkwürdige und auffällige Durchsichtigkeit. Damit war das Rätsel gelöst und dem Bau wertvoller Geigen der unauffindbar scheinende Weg zum Erfolg gewiesen.

Turnen, Spiel und Sport.

Fußball.

Spiel zur Ermittelung einer Schiedsrichter-Mannschaft.

W—s. Trotz der Spielruhe fand gestern Nachmittag auf dem Platze der Bochumer Westfalen das bereits zweimal abgesetzte Spiel nun endlich doch statt. Mit 45 Minuten Verspätung stellten sich die Herren Schiedsrichter dem Herrn Schiedsrichter in folgender Aufstellung:

Th. Hölscher (Westfalia)
Pauly (Altenbochum) — Schäfer (Stiepel)
Gruß (1. F. C. 06) — Schwenger (Germania) — Sebello (Sp. V. Ehrenfeld)
Karl Muth (Ver. Preußen 07) — Kleinschulte (Germania) — Muth (Westfalia) — Schroer (Sp. u. Sp. Gerthe) — Götze
Huck (Sp. V. Ehrenf.) — Braumann (Ver. Preußen 07) — Rosarius (Ver. Preußen 07) — W. Hölscher [Westfalia] — Neuhauser [Altenbochum]
Schaub (Hamme 83) — Schmidt (Ver. Preußen 07) — Borkenstein (T. u. Sp. V. Laer)
Marme (Westfalia) — Schmitz (Germania)
Luhmann (Germania)

Weiß hat Anstoß und wird der Anstoß zu einem durchaus planlosen Spiel, woran Grün ebenso durchaus gar keinen Anstoß nimmt. Schließlich setzten sich die Weißen durch und ziehen vor das grüne Tor. Aus einem fröhlichen Gedränge rettet der grüne Rechtsaußen den Ball und gibt ihn seinem Herrn Torwärter zurück. Der aber, eingedenk des obersten Grundsatzes eines „befriedigenden" Schiedsrichters, dem Ball noch eben möglichst aus dem Wege zu gehen, springt zur Seite. Lebhafter Applaus! Selbsttor! Das Spiel geht tempo primo weiter; der alte Mangel: unüberlegtes Spiel, hier nur mit dem Unterschied, daß die Situationen auch von den Herren Spielern lebhaft diskutiert und kritisiert werden. Kurz vor Abpfiff macht sich dann eine leichte Ueberlegenheit der Grünen bemerkbar, wenigstens zeigte ihr rechter Flügel mehr Angriffsgeist. Sie kommen einige Male zum Schuß, allerdings ohne Erfolg, da der weiße Torwart gut hält. Mit 1:0 geht es in die Halbzeit.

Nach Anpfiff entwickelt sich dasselbe Bild wie vorher. Ein gemütliches Hin- und Herlaufen schwitzender Herren, die einem Etwas, das hoch oben in der Luft hängt, alle ihre schweißtriefende Aufmerksamkeit zuwenden. Grün bleibt zunächst überlegen. Sein Mittelstürmer schafft den Ausgleich. Kurz darauf schießt der grüne Mittelstürmer aus nächster Nähe auf das gegnerische Tor. Der weiße Torwart hält den Ball gut, leider aber nicht fest genug. Der grüne Rechtsaußen spielt ihm das Leder ab und drückt es mit der Brust ins Tor hinein. Auch Weiß setzt jetzt zu lebhafterem Trott an. Der Ball macht gelegentlich kleine Ausflüge über das grüne Tor hinweg ins unbesetzte Gebiet. Einmal gibt es auch ein unübersehbares Gedränge, aus dem ein Schuß fällt. Der grüne Torwart fängt den Ball mit den Fingerspitzen. Der Ball jedoch verspürt die Neigung, sich auch einmal durchzusetzen und setzt sich über den Kopf des Torwarts hinweg ins Tor hinein. Bei diesem Stande von 2:2 bleibt das Spiel. Die Mannschaften sind vollständig erschöpft, halten aber trotzdem brav bis zum Schlußpfiff aus.

Es ist sehr schwierig, sowohl über die Mannschaften als auch über das Spiel an sich ein Urteil zu fällen, da die Hitze die Leistungen naturgemäß verschlechtern mußte. Sie machte Einige fast hilflos. Man bemitleidete sie ebenso sehr, als man sich nach einem Glas kalten Bieres sehnte. Wenn das Spiel einen etwas humoristischen Anstrich hatte, so beweist das unter diesen Umständen nichts gegen die Spielenden. (Es liegt also kein Grund vor, etwas krumm zu nehmen. D. R.) So wie das Spiel sich nun einmal darbot, kann man sagen, daß Grün, da es die jüngeren Leute hatte, die bessere Mannschaft war, aus der wiederum die Mitte und der rechte Sturmflügel sowie der Mittelläufer hervorragten. Von der weißen Mannschaft ist der Torwart, vielleicht der beste Mann auf dem Platze hervorzuheben. Nach unserer Auffassung würde die folgende Aufstellung der zu bildenden Schiedsrichtermannschaft die günstigste Lösung des Problems sein:

Luhmann
Schäfer — Marme
Braumann — Schwenger — Schaub
K. Muth — Kleinschulte — E. Muth — Schroer — Rosarius.

Wir wünschen den Herren in ihrem späteren Wirken alles Gute und vor allen Dingen normaleres Spielwetter.

Weitere Ergebnisse.

Westfalia Bochum A. H. — Ver. Preußen 07 1:2.
Ver. Preußen 07 Ia Jgd. — B. V. Langendreer 07 Ia Jgd. 1:0.
1. F. C. 06 IIa Jugend — Concordia Bochum IIa Jugend 2:0.

Letzte Drahtmeldungen.

Weitere Annäherung Italiens an England.

Teilnahme an den Konferenzen.

Paris, 7. Juli. Aus London wird gemeldet: Nach den Auskünften von offiziöser Quelle wird die italienische Regierung von nun ab bei den diplomatischen Konferenzen, die in London über das deutsche Angebot, über die Reparationsfrage und die Ruhrbesetzung stattfinden, vertreten sein. Das sei die Auslegung, die man dem gestrigen Besuch des Marquis della Toretta im Foreign office gab.

Zur Unterstützung Englands bereit.

London, 7. Juli. Die „Morningpost" schreibt: Der italienische Botschafter erklärte, seine Regierung habe volle Sympathie mit England. Sie sei bereit, die britische Regierung bei allen Maßnahmen zu unterstützen, um den gegenwärtigen ungewissen lähmenden Zustand in den europäischen Angelegenheiten zu beenden.

Für einen gemeinsamen englisch-italienischen Plan

Rom, 7. Juli. Ein Leitartikel der Stampa legt dar, daß das bisherige Vorgehen Poincares, sowie seine Absichten für die Zukunft eine wirkliche Verletzung des Versailler Vertrages bedeuten, die um so schlimmer sei, als dadurch die Interessen Englands und Italiens geschädigt würden. Englands Opposition gegen Poincare sei daher vollberechtigt und der französische Appell an die Reparationskommission unbegründet, weil die Reparationskommission ein Organ aller Verbündeten für die Ausführung des Versailler Vertrages und nicht ein Organ Frankreichs für die Verletzung des Versailler Vertrages sei. Die italienische Regierung, die für die Politik Poincares mit verantwortlich sei, müsse sie jetzt, überzeugt von deren Schädlichkeit, entschieden abschütteln, und mit England zusammengehen. Das Blatt schlägt die Ausarbeitung eines gemeinsamen italienisch-englischen Planes vor.

Senator Underwood für Eingreifen Amerikas.

London, 7. Juli. Reuter meldet aus Washington: Senator Underwood, der zuweilen als Anwärter auf den Präsidentenposten 1924 bezeichnet wurde, und der kürzlich von einer Reise nach Europa zurückgekehrt ist, hat eine Erklärung veröffentlicht, in der er die Forderung aufstellt, die Vereinigten Staaten sollten bei der Wiederherstellung der Welt helfen, und in der er der amerikanischen Regierung vorwirft, sie sei wie gelähmt, sie habe bezüglich der europäischen Angelegenheiten keine Politik, sie besitze keinen Mut und keine Ueberzeugung, kurz, sie haben nichts, was einen Mann zum Mann, eine Regierung zur Regierung mache. Gleichzeitig spricht Underwood aber gegen den Beitritt Amerikas zum internationalen Gerichtshof.

Deutsche Note an den Papst.

Berlin, 8. Juli. Die Voss. Ztg. hört, daß die Reichsregierung vermutlich das Ergebnis der Besprechungen zwischen dem Reichskanzler und dem päpstlichen Nuntius Pacelli zusammenfassend in einer Note niederlegen werde, die in den nächsten Tagen dem Nuntius Pacelli an den Heiligen Stuhl übergeben werden solle. Nuntius Pacelli tritt am Sonnabend abend die Rückreise nach München an.

w. **Berlin**, 7. Juli. Ueber die Unterredungen des Reichskanzlers mit dem apostolischen Nuntius geht uns folgendes Kommunique zu: Nuntius Pacelli hat im Auftrage der Kurie die Sabotageakte im besetzten Gebiet zur Sprache gebracht und die Ansichten und Wünsche des Heiligen Stuhles eingehend dargelegt. In seiner Erwiderung hat der Reichskanzler darauf hingewiesen, daß es sich um Vorfälle handelt, die aus der Erregung zu erklären sind. Die Reichsregierung sei jedoch mit dem Heiligen Stuhle darin einig, jede verbrecherische Gewaltanwendung zu verurteilen.

Ruhrfragen im Reichstage.

Die Entschädigung für Besatzungsschäden. — Annahme des Wiedereinstellungsgesetzes.

Berlin, 7. Juli. Auf der Tagesordnung steht u. a. eine Ergänzung des Ruhrnotgesetzes. Danach wird die Reichsregierung ermächtigt, die erforderlichen Bestimmungen zu erlassen, um die Folgen fremder Einwirkungen in das deutsche Privatvermögen im Wege der Entschädigungen auszugleichen. Die Vergütungen werden vom Reichswirtschaftsgericht festgesetzt. Das Gesetz soll die rechtliche Grundlage zur Vergütung der aus Anlaß der vertrags- und völkerrechtswidrigen Maßnahmen der Regierungen Frankreichs und Belgiens auftretenden Schädigungen deutschen Privatvermögens geben; insbesondere soll die endgültige Entscheidung über die Gewährung von Vergütungen an Hand von Verwaltungsbehörden vor sich gehen, die sie in ein gerichtliches Verfahren überleitet.

Die Vorlage wird in zweiter Lesung angenommen. Die dritte Lesung wird auf Antrag der Abgg. Gothein (Dem.) und Esser (Z.) noch ausgesetzt, damit inzwischen eine Verständigung erzielt werden kann.

Bei der zweiten Lesung des Gesetzes über Wiedereinstellung und Kündigungsbeschränkung im besetzten Gebiet erklärt Abg. Esser (Z.), daß nicht nur Arbeiter und Angestellte vor der Arbeitslosigkeit geschützt werden müßten, sondern daß auch die Gewerbetreibenden hilfsbedürftig seien, zumal ihnen die Konkurrenz im unbesetzten Gebiet die Kundschaft abjage. (Hört, hört!)

Darauf wird die Beratung unterbrochen und die abgeänderte Entschließung Erfing (Z.) über die Reichsgetreide-Kredit-A.-G. mit 292 gegen 16 Stimmen der Demokraten angenommen.

In der dann fortgesetzten Beratung des Wiedereinstellungs- und Kündigungsgesetzes wendet sich Abg. Breunig (Soz.) gegen einen Zentrumsantrag, der die Beamtenanwärter aus dem Gesetz herausnehmen will. Der Zentrumsantrag wird angenommen.

Darauf wird das ganze Gesetz in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Präsident Loebe stellt fest, daß der Reichstag durch die Annahme dieses Gesetzentwurfes den Bewohnern des Ruhrgebietes gezeigt habe, daß er ihnen nicht nur mit Worten, sondern auch mit der Tat helfen wolle, um ihre Lasten zu mildern.

Die Arbeitgeber grundsätzlich für die wertbeständigen Löhne.

Berlin, 8. Juli. Nachdem die Verhandlungen zwischen den Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer über die Einführung des wertbeständigen Lohnes gescheitert waren, fand laut Tageblatt gestern in der Reichskanzlei eine Besprechung zwischen den Mitgliedern des Reichskabinetts und Vertretern der Arbeitgeber statt. Die Letzteren wiesen darauf hin, daß die von der Arbeitnehmerseite vorgeschlagene Art des Indexlohnes ihrer Ansicht nach unmöglich sei und sie die Verantwortung für die Folgen, die sich daraus ergeben würden, ablehnen müßten. Die Arbeitgeber erklärten sich mit der Einführung des wertbeständigen Indexlohnes grundsätzlich einverstanden, jedoch müsse die Wertbeständigkeit aus dem Goldzollaufgeld berechnet werden.

Bochum, 9. Juli.

Wegen Mordversuchs gegenüber seiner Ehefrau hatte sich am Samstag der Stadtobersekretär Franz Holte hier vor den Geschworenen zu verantworten. Das Urteil lautete auf zwei Jahre Gefängnis; fünf Monate drei Wochen der Untersuchungshaft wurden angerechnet. Wir werden morgen eingehend über den Prozeß berichten.

Verantwortlich:
Für Politik: J. V.: Conrad F. Simmen; für Feuilleton und Letzte Nachrichten: Gerhart Herrmann; für Lokales, Handel und Sport: Conrad F. Simmen; für den übrigen Textteil und „Feierstunden": Julie Schwinck; für Inserate u. Reklamen: Eugen Wolff, sämtl. in Bochum.

Die heutige Nummer umfaßt 8 Seiten.

Stadt Bochum.

Milchpreis.

Infolge Erhöhung des Erzeugerpreises, der Molkereilöhne, des Händlerverdienstes und der Steigerung aller sonstigen Unkosten beträgt der Milchpreis ab Montag, den 9. Juli 1923, für

1 Liter Vollmilch	4400 ℳ
1 Liter Magermilch	1750 ℳ
1 Liter Buttermilch	1750 ℳ

Bochum, den 9. Juli 1923.

Milchvertrieb der Stadt Bochum g. m. b. H.

Schornsteinfegergebühren-Ordnung.

Auf Grund des § 77 der Reichsgewerbeordnung werden im Einverständnis mit dem Magistrat und nach Anhörung der Berufsvertretung der Bezirksschornsteinfegermeister unter Aufhebung der unterm 25. Juni 1923 festgesetzten Gebühren folgende Gebühren für die Arbeiten des Schornsteinfegers mit Wirkung vom 9. Juli ab festgesetzt:

1. Für die Reinigung eines steigbaren Schornsteins:
   a) in einem einstöckigen Hause 4500 ℳ
   b) in einem zweistöckigen Hause 6000 ℳ
   c) in einem dreistöckigen Hause 7500 ℳ
   Für jedes weitere Stockwerk sind mehr zu entrichten 1500 ℳ.

2. Für die Reinigung eines nicht steigbaren Schornsteines:
   a) in einem einstöckigen Hause 3500 ℳ
   b) in einem zweistöckigen Hause 4250 ℳ
   c) in einem dreistöckigen Hause 5000 ℳ
   Für jedes weitere Stockwerk sind mehr zu entrichten 750 ℳ.

Zu 1. und 2.: Kniestock und Bodenräume sowie die über Dach ragenden Schornsteinaufsätze gelten für die Gebührenberechnung der einzelnen Schornsteine je als Stockwerk, wenn sie eine Mindesthöhe von 2,50 Meter haben. Bei höheren Schornsteinaufsätzen kommen je 2,50 Meter ihrer Höhe über Dach als Stockwerke in Berechnung.

Das Kellergeschoß wird bei allen Schornsteinen als Stockwerk mitgerechnet.

Das Fortschaffen des Rußes aus dem Hause ist in obigen Preisen einbegriffen und muß durch den Schornsteinfeger bewirkt werden.

3. Für das Reinigen eines Ofenrohres einschl. Fortschaffen des Rußes:
   Für das Meter Ofenrohrlänge 600 ℳ

4. Für das Reinigen einer Rauchkammer 8000 ℳ
   Für das Reinigen einer gewerblich betriebenen Rauchkammer für jedes Quadratmeter zu reinigende innere Fläche 4500 ℳ.

5. Für das Ausbrennen eines Schornsteins ist der Bezirksschornsteinfegermeister berechtigt, außer den Sätzen unter Ziffer 1 und 2 für seinen Gehilfen bezw. Lehrling die jeweils für diese geltenden Stundenlöhne zuzüglich 35 Prozent zu berechnen.

6. Falls der Schornsteinfeger außerhalb der vorher angesagten Zeit infolge Abwesenheit oder ohne besondere Vereinbarung beim Ansagen die Reinigung an einem anderen Tage vornehmen muß, so wird jeder besondere Gang mit 6000 ℳ berechnet.

7. Die Gebühren sind sofort nach der Kehrung und Vorlage der Rechnung (Quittung) fällig. Verzögert sich die Zahlung, so kommen die am Zahltage gültigen erhöhten Gebührensätze in Anrechnung.
   Ueber die Differenz ist eine Nachtragsrechnung zu erteilen.

8. Die Bezirksschornsteinfegermeister sind berechtigt, außer den vorstehenden Gebühren auch die Umsatzsteuer zu erheben.

Bochum, den 9. Juli 1923.

Die Stadt-Polizeiverwaltung.
Der Oberbürgermeister

Klavierstimmer Kuenemann
Blücherstr. 9 part.

SOODEN-WERRA
— Das schönste Soolbad —
Bahnlinie Göttingen-Bebra.
Geschützte herrliche Lage inmitten ausgedehnter Bergwaldungen. Bewährt bei: Katarrhen der Atmungsorgane, Herzleiden, Blutarmut, Frauenkrankheiten, Rheuma, Gicht, Skrofulose, Rachitis, Rückstände von Influenza, Lungen- und Rippenfellentzündungen. 4 radiumhaltige Soolquellen. **Inhalatorium,** Elektrotherapie, Pneumatische Kammern, Gradierwerke, Trinkkuren. Prospekt 16 gegen Rückporto durch die Kurverwaltung.

Sol- und Thermalbad Königsborn
Eisenbahnstationen: Unna und Unna-Königsborn.
Badezeit vom 15. Mai bis 1. Oktober.
Beste Heilerfolge bei Gicht, Rheumatismus, Ischias, Drüsen, Skrofeln, Rachitis, Herz-, Nerven- und Frauenkrankheiten usw.
Badeschrift und Auskunft unentgeltlich durch d. Badeverwaltung Unna-Königsborn.

Nordseebad Büsum
Bahnstation i. Holstein. Grüner Strand. Wattenlaufen. — Seehunds- und Entenjagd. Führer umsonst d. Badekommission.

Ausbildung zum Chauffeur
erfolgt für jedermann in der
Bochumer Chauffeur-Schule
Annahme Hernerstr. 80. Eintritt jederzeit

Herren-Wäsche
Damen- und Kinder-Wäsche
Strumpf- und Woll-Waren
Wilh. Hoffmann
vorm. Ww. L. Kautz.
Bochum, Hattingerstraße 29.

Allgemeine Ortskrankenkasse für die Stadt Bochum.

Bekanntmachung.

Auf Grund der Verordnung des Reichsarbeitsministers vom 22. Juni 1923 (Reichsgesetzbl. Nr. 46, Teil I, Seite 421) hat der Kassenvorstand — vorbehaltlich der Zustimmung durch das Oberversicherungsamt — eine weitere Grundlohnerhöhung von

Montag, den 9. Juli 1923

an beschlossen, und zwar bis zu dem gesetzlichen Höchstsatz von 53 300 Mk.

Bis zum Grundlohn von 27 400 Mk. bleiben die bisherigen Lohnstufen und Grundlöhne bestehen. Es werden folgende Lohnstufen angefügt:

St.	Entgelt auf dem Kalendertag, ℳ	Entgelt auf das Jahr ℳ	Wochenbeitrag Grundlohn ℳ	Arbeitg.-Anteil ℳ	Arbeitn.-Anteil ℳ	Summa ℳ
16	üb. 29000—32400	üb. 10440000—11664000	30700	6447	12894	19341
17	„ 32400—36000	„ 11664000—12960000	34200	7182	14364	21546
18	„ 36000—39800	„ 12960000—14328000	37900	7959	15918	23877
19	„ 39800—43800	„ 14328000—15768000	41800	8778	17556	26334
20	„ 43800—48000	„ 15768000—17280000	45900	9639	19278	28917
21	„ 48000—52400	„ 17280000—18864000	50200	10542	21084	31626
22	„ 52400	„ 18864000	53300	11193	22386	33579

Die Arbeitgeber werden ersucht, nach obiger Festsetzung die Kassenbeiträge vom Lohn einzubehalten.

Nach § 3 der Verordnung des Reichsarbeitsministers vom 27. 2. 1923 sind die Arbeitgeber verpflichtet, der Kasse **innerhalb einer Woche** nach Bekanntgabe die zur Berechnung der Beiträge erforderlichen Angaben zu machen. Vordrucke für die Meldungen können auf der Kasse in Empfang genommen werden.

Zuwiderhandlungen werden gleich Zuwiderhandlungen nach § 218 R. V. O. bestraft.

Erstattet ein Arbeitgeber trotz dieser Aufforderung die Meldung nicht fristzeitig, so kann für seine Beschäftigten der Kassenvorstand bis zur ordnungsmäßigen Meldung den Grundlohn in der Höhe festsetzen, der für Versicherte der gleichen Art in Betrieben gleicher Art gilt, und, ohne Pflicht zur Rückerstattung, die entsprechenden Beiträge erheben.

Wir weisen sodann noch darauf hin, daß die für die Versicherungspflicht der **Angestellten** und **Hausgewerbetreibenden** maßgebende Versicherungsgrenze mit Wirkung vom 2. Juli 1923 an auf 24 000 000 Mk. jährlich festgesetzt worden ist.

Angestellte und Hausgewerbetreibende, die die für ihre Versicherungspflicht nach § 165 a R. V. O. maßgebende Versicherungsgrenze überschreiten, scheiden erst mit dem 1. Tage des 4. Monats nach Ueberschreiten der Verdienstgrenze aus der Versicherungspflicht aus.

Die Arbeitgeber werden ersucht, alle bei ihnen beschäftigten Angestellten und Hausgewerbetreibende, die nach vorstehender Verordnung der Versicherungspflicht neu unterstellt sind, bis spätestens 14. Juli 1923 bei der Kasse anzumelden.

Bochum, den 6. Juli 1923.

Der Kassenvorstand.

Baldiger Einkauf
empfehlenswert!
☆
Die Vorzüge
meiner versilberten Bestecke: Weiße harte Ia. Alpacca-Unterlage. / Garantie für die eingestempelte Silberauflage. / Verstärkung der Versilberung an den Spitzen und Aufliegestellen. / Sichere und bewährte Befestigung der Messerklingen nach besonderem Verfahren. / — Bester Ersatz für echtes Silber. —
Spezialität: Tafelbestecke.
August Homborg
Bochum
Hochstraße 2 — Fernruf 3868.

Der richtige Weg
Persil
so zu verwenden, wie es den größten Nutzen bringt!
Richte Dich nach folgender Vorschrift, sie ist einfach und bringt Gewinn:
1. Löse Persil in **kaltem** Wasser auf, nicht in warmem; dadurch sicherst Du Dir die größte Ergiebigkeit. Ein Paket schon ergibt 2½—3 Eimer schönster Lauge.
2. Lege die Wäsche in die bereitete **kalte** Lauge und bringe sie unter gelegentlichem Umrühren langsam zum Kochen. Eine Viertelstunde **Kochenlassen** genügt.
3. Spüle gut, zuerst in warmem, danach in kaltem Wasser, bis dieses ganz klar bleibt.

Das ist alles!
Der Erfolg zeigt sich in duftig frischer Wäsche von blendender Reinheit. Du brauchst bei dieser Behandlung keinerlei Zusätze von Seife und Seifenpulver, brauchst nicht zweimal zu kochen und Deine Wäsche nicht auf dem Waschbrett zu reiben.
So sparst Du Kohle, Zeit und Geld und schonst die Wäsche!
Ein wirtschaftlicheres Waschen gibt es nicht!
Mach die Probe! Du allein hast den Nutzen davon!
Eine erhebliche Erleichterung bei jedem Waschen bringt das vorherige Einweichen in **Henko, Henkel's Wasch- und Bleich-Soda;** es wirkt schmutzlösend und verkürzt die nachfolgende Behandlung.

Ver. Stadttheater
Bochum-Duisburg.
Montag, 9. Juli, 7½—10½ Gesch. Vorst. für die Freie Volksb. Serie 1
„Das Konzert"
Dienstag, 10. Juli, 7½—11 Platzvorrecht Vorm. E
„Robert u. Bertram"
Die Platzvorrechtkarten müssen bis Sonntag 12½ Uhr eingelöst sein.

Neues
Operetten-Theater
Bochum
Heute und folgende Tage abends 8 Uhr:
Der tolle Schlager
Die Kleine vom Varieté
in 3 Akten.

Kuranstalt Victoria-Bad
Bochum,
Friedrichstraße 13.
Gewöhnl. sowie Heilbäder jeder Art. Elektr. Licht- u. Heißluftbäder. Elektrische Strombäder u. Behandlung Höhensonne, Lichtheilapparate. Hand- u. Vibrationsmassage. Heilgymnastik. Ausführung der Verordnungen all. Krankenkassen.



Trauringe
massiv Gold 8818
Jede Preislage und Form stets vorrätig.
Heinr. Schweers
Goldschmiedemeister
Bochum, Wilhelmstr. 13

Tüchtiger, erfahrener Buchhalter
mit gründlicher Kenntnis der modernen Buchführung, möglichst aus der Holzbranche, zum baldigen Eintritt gesucht.
Angebote sind zu richten unter Nr. 17362 an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Offene Stellen

Tüchtiger
Buchhalter
für großes Syndikats-Büro zum baldigen Eintritt gesucht.
Angeb. unt. Nr. 17272 an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Junge
Modistin
zur Leitung einer Umpreßfiliale sofort gesucht.
Offerte mit Gehaltsanspruch an G. Gort, Gelsenkirchen, Hochstr. 47.

Dienstmädchen
für halbe Tage sofort od. vom 15. Juli ab gesucht.
Walter,
Hattingerstraße 71, 3. Etg.

Aelteres, tüchtiges
Verkäuferin
gesucht.
Konditorei Miebach, Bahnhofstraße 30.

Eine tüchtige
Hilfe
(Frau oder Mädchen, kinderlieb) in ländlichem Haushalt sofort gesucht. Familienanschluß. Lohn nach Uebereinkunft.
Heinr. Harlos, Eppendorf, Marktstr. 55.

Ausguter Familie
Lehrmädchen
gesucht.
Konditorei Miebach, Bahnhofstraße 30.

Verkäufe



Offeriere mannstarke u. Sufeste Wolfshunde, Schäferhunde. Dobermänner. Boxer, weiße u. graue Mannheimer Spitzchen, Rehpinscherchen, herrliche Foxterriers, glatt u. raubhaarig, usw.
Gundlach
Züchterei und Dressuranstalt
Gelsenkirchen-Bismarck
Andreasstraße 6.
Aeltestes und größtes Geschäft Westdeutschlands.

Sie sparen Geld!
Fahrradgummi
Lassen Sie sich
gratis
Preisliste senden.
Franz Tauscher, Hildesheim 284

Neuer Tuchmantel
für 15—17jährige, weil zu klein, zu verkaufen.
Steinstr. 24, 2. Etg. links

Für den Nachweis von
gebrauchten
Lokomobilen
Dampfkesseln
Dieselmotoren
Sägereimaschinen
Ziegeleimaschinen
Mühleneinrichtung
Feldbahngleis
zahlt hohe Provision
J. Carl Suhr
G. m. b. H.
Hamburg 13,
Rentzelstraße 6.

Guter Sofatisch
billig zu verkaufen.
Feldsteyerstraße 112.

Schuhmacher-Kolibri-Maschine,
gut nähend, billig zu verkaufen. F. Neugelken

Alt-Gold und **Brillanten.**
Ankauf
Schrader, ABCstr. 15.

Wohnungs-Tausch!
Schöne große 3-Zimmer-Wohnung gegen 4- oder 5-Zimmer-Wohnung zu tauschen gesucht. Unkosten werden vergütet. Offerten unter B. 200 an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Wir suchen für sofort einige
freundlich möbl. Zimmer
für kaufmännische und technische Beamte.
Angebote erbeten an den
Bochumer Verein
Abteilung Sekretariat.

Amerikaner sucht
2 vornehm möbl. Zimmer,
am besten sofort.
Offerten unter H. S. 50 an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Für den Bezirk
Holsterhausen (Eickel 2)
wird ein zuverlässiger
Zeitungsbote
gesucht.
Märkischer Sprecher
Bochum, Buddenbergstraße 11.

Wir suchen für sofort einen tüchtigen
Reisevertreter
aus der Bürobranche für die Provinz Westfalen, der nachweislich Erfolge zu verzeichnen hat.
Angebote unter Nr. 17327 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Für meinen Haushalt in halbländlichem Außenbezirk der Stadt Essen suche ich zum baldigen Eintritt gegen hohen Lohn eine tüchtige
Hausgehilfin
die im Kochen und Einmachen erfahren ist.
Frau Fabrikdirektor Fr. Dißmann,
Essen-Rellinghausen (Werk Dinnendahl).
Meldungen auch bei Portier Fabrik Bochum, Westfälischestr. 6.

Fritz Lenz Nachf.
Bochum, Alleestrasse 10.
neben der Christuskirche
Tel. 1408 (Wirtsch. Hasselkuss)
Vernickeln — Verkupfern
Feinmechanische Reparatur-Werkstatt für Fahrräder, Nähmaschinen, Grammophone, sowie sämtliche mechanische Musikinstrumente, Schleiferei und Vernickelungs-Anstalt, Aufarbeit. v. Kronleuchtern, Messingstangen usw.
Emaillieren von Fahrrädern.

Senfftn



Bistol Seife
nach Dr. med. Eulberg
hilft
Fragen Sie Ihren Arzt

Nr. 113. Zweites Blatt. **Bochumer Zeitung Märkischer Sprecher** Rh.-Westf. Tageblatt Montag, 9. Juli 1923.

Bochumer Nachrichten.

Nachdruck unserer Originalberichte ist ganz oder auch im Auszuge nur mit genauer Quellenangabe gestattet.

Bochum, 9. Juli.

Gefahren durch vernachlässigte Häuserfronten.

Der Preußische Minister für Volkswohlfahrt macht in einem Erlaß darauf aufmerksam, daß infolge der Vernachlässigung der Unterhaltung der Bauten in den letzten Jahren vielfach Unfälle durch Herabstürzen von Bauteilen von den Häuserfronten auf die Straße verursacht worden sind. Diese Gefahr droht namentlich durch Abfallen von Teilen des Verputzes, der Gesimse und Stuckverzierungen von den Fassaden und Giebelaufbauten, Teilen von Stuckkonsolen der Balkone und Erker sowie von solchen Bauteilen oder Verzierungen, die durch rostende Eisen- und Drahtteile infolge des immer schneller fortschreitenden Durchrostens ihren Halt verlieren (z. B. die Verankerungen von Schornsteinaufsätzen, Giebeln usw.). Auch die in hiesiger Stadt besonders häufigen Verzierungen aus Zink auf den Dachhäuschen, Erkerspitzen, Blitzableitern und Fahnenstangen sind häufig brüchig geworden und werden durch den Wind herabgestürzt. Von den mit Schiefern und kleinen Ziegeln bekleideten Dachaufbauten fallen oftmals Teile der Bedeckung herab und gefährden vorübergehende Personen.

Da die Witterung jetzt für die Vornahme von Ausbesserungen am Aeußern der Häuser günstig ist, so werden die Hauseigentümer auf die drohenden Gefahren und ihre Verantwortung bei etwa vorkommenden Unfällen und Beschädigungen hingewiesen und ermahnt, die Außenseiten und Dächer ihrer Häuser auf lose gewordene Teile und Verzierungen hin zu untersuchen und schadhafte Teile gefahrlos zu beseitigen.

In der Regel kann auch durch Beseitigen der vielfach unsinnigen und häßlichen Zierrate, einfachere Abdeckung von Erkerspitzen und dergleichen eine bessere Wirkung der Hausansichten und damit eine Wertvermehrung der Häuser sowie Verbilligung der Unterhaltung der Gebäude erzielt werden. Zur Beratung über eine schönere Ersatzkonstruktion oder das Entfernen von Zierteilen steht die städtische Bauberatungsstelle, ABC-Schule, zur Verfügung.

Infolge der mehrjährigen Vernachlässigung des Anstriches von Bauteilen aus dünngliedrigem Eisenfachwerk sind auch manche Dach-, Decken- und Hallenkonstruktionen der Gefahr eines Zusammensturzes ausgesetzt, ebenso die durch dünne Eisen an Dachkonstruktionen aufgehängten Blendecken aus Rabitz- oder Monierkonstruktion, vielfach auch Glasdächer und -Decken, Oberlichter und dergleichen.

Die Eigentümer solcher, meist über gewerblichen Arbeits- und Lagerhallen, über Sälen, Treppenhäusern und ähnlichen Räumen befindlichen Konstruktionen werden gleichfalls gut tun, den notwendigen Anstrich nicht noch länger hinauszuschieben und nicht zu warten, bis durch Unfälle Schaden entsteht, der nicht wieder gutzumachen ist.

Die Gründe für die Verzögerungen im Postscheckverkehr.

In letzter Zeit mehren sich die Beschwerden über angeblich verzögerte Erledigung von Postscheckaufträgen beim Postscheckamt Essen. Zu diesen Beschwerden wird folgendes festgestellt: Seit Beginn der Besetzung und den damit verbundenen Eingriffen der Besatzungstruppe in Post- und Eisenbahnbetrieb ist die Beförderung von Postsendungen dauernden Störungen unterworfen. Bei der gegenwärtigen, beinahe vollständigen Stillegung des gesamten Eisenbahnnetzes im Ruhrgebiet sowie durch Beschlagnahmungen von Posten und Wiederfreigabe nach geraumer Zeit durch die Truppen gehören Verzögerungen von Tagen und selbst Wochen nicht zu den Seltenheiten. Es ist dagegen eine irrige Auffassung des Publikums, wie sie in den Beschwerden häufig zum Ausdruck kommt, die Ursache der Verzögerung beim Postscheckamt zu suchen. Das Postscheckamt erledigt sämtliche bis 11 Uhr vormittags vorliegenden Aufträge an demselben Tage, sofern Deckung vorhanden ist. Nach Erledigung des Auftrages wird die Ueberweisung, die Zahlungsanweisung oder der Kontoauszug ohne Aufenthalt dem Postamt zur Weiterbeförderung überwiesen. Die Abwicklung der Geschäfte des Postscheckamts ist keinerlei Störungen unterworfen. Das Publikum wird gebeten, bei künftig vorkommenden Verzögerungen auf die vorstehenden Ausführungen Bezug zu nehmen. Eine Beantwortung der Beschwerden im einzelnen kann in Zukunft nicht mehr erfolgen.

* **Berufung an das Berggewerbegericht.** Bei dem Berggewerbegericht in Dortmund sind unter Belassung in dem Nebenamt als Stellvertreter des Vorsitzenden der Bergrat Gerstein in Bochum mit dem stellvertretenden Vorsitz der Kammer Süd-Bochum und der Bergrat Cabolet in Bochum mit dem stellvertretenden Vorsitz der Kammer Nord-Bochum des Gerichts betraut worden.

≡ **Wertbeständiges Beamteneinkommen.** Man schreibt uns: In der Sitzung des Vorstandes des Deutschen Beamtenbundes am 25. Juni wurde die Frage der Wertbeständigkeit des Beamteneinkommens eingehend erörtert. Der Deutsche Beamtenbund vertritt seit Jahren den Standpunkt, daß durch gleitende Anpassung der Beamtengehälter an die Teuerung auf Grund zu verbessernder Indices das fortschreitende Hinabgleiten der Beamten usw. in den Zustand wirtschaftlicher Verelendung verhindert werden müsse; er vertrat diesen Standpunkt schon zu einer Zeit, als große Schichten der Arbeitnehmerschaft durch ihre Spitzenorganisationen diese gleitende Skala noch glaubten ablehnen zu müssen. Es wird deshalb in seinen Kreisen begrüßt, daß die Erörterung des im Grunde gleichgerichteten Problems der Gewährung wertbeständiger Bezüge an die Arbeitnehmerschaft nunmehr Gemeingut aller Großorganisationen geworden ist. Wenn auch noch keine übereinstimmende Auffassung mit der Reichsregierung erzielt ist, so verspricht einheitliches Vorgehen der Großorganisationen doch eine befriedigende Lösung der volkswirtschaftlich hochbedeutsamen, aber auch beamten- und staatspolitisch nicht zu unterschätzende Frage. Es war die einhellige Auffassung der Vertreter aller dem Deutschen Beamtenbund angeschlossenen Organisationen, daß die noch entgegenstehenden Hindernisse vor der inneren Notwendigkeit der Forderung der Arbeitnehmermassen zurücktreten müssen. Beschlossen wurde, nach wie vor intensive Mitarbeit

Die Wohnungsbauabgabe.

Persönliche Befreiung oder Erlaß.

Dem Amtlichen Preußischen Pressedienst wird aus dem Finanzministerium geschrieben:

Das Reichsgesetz über die Erhebung einer Abgabe zur Förderung des Wohnungsbaues enthält im § 7 seiner neuen Fassung vom 28. März ds. Js. die Vorschriften über die Befreiung des Abgabeobjektes, also des Gebäudes. Die Befreiung wird durch den besonderen Zweck, dem die Gebäude dienen, begründet. Die Vorschriften über die Befreiung der Person, also des Zahlungspflichtigen, bringt § 15 des Reichsgesetzes.

Diese Vorschriften sind mit Rücksicht auf die Höhe der Wohnungsbauabgabe gegenüber ihrer früheren Fassung erheblich erweitert. Es gibt Befreiung und Erlaß. Beide sind zunächst durch zwei allgemeine Bestimmungen begrenzt. Einmal werden beide nur für solche Räume gewährt, die von Personen (Eigentümer, Mieter oder auch Untermieter) benutzt werden, auf die die Voraussetzungen für die Befreiung oder den Erlaß zutreffen. Es kann also z. B. für die sämtlichen Räume einer Mietwohnung, von der zwei Zimmer untervermietet sind, Befreiung oder Erlaß stattfinden, wenn für Mieter und Untermieter die Voraussetzungen erfüllt sind; die Befreiung oder der Erlaß müssen aber auf die Räume des Mieters oder des Untermieters beschränkt bleiben, wenn die Voraussetzungen nur für diesen oder jenen zutreffen. Die andere Einschränkung ist die, daß Befreiung oder Erlaß nur erfolgen darf, wenn das Gesamteinkommen der zum Haushalte gehörenden Personen in dem der Veranlagung vorausgegangenen Kalenderjahre eine bestimmte Grenze nicht überschritten hat. Für das dem Veranlagungsjahr 1923 vorausgegangenen Kalenderjahr 1922 ist die Grenze 200 000 Mark. Hat also z. B. ein Vater, auf den die Voraussetzungen für die Befreiung oder den Erlaß an sich zutreffen, selbständig zur Einkommensteuer veranlagte Kinder in seinem Haushalte, so darf das Einkommen des Vaters und der Kinder zusammen nicht höher als 200 000 Mark gewesen sein.

Anspruch auf Befreiung

haben in dem durch die beiden Einschränkungen gezogenen Rahmen alle Sozialrentner (Rentenempfänger der Invaliden- und Angestellten-Versicherung), Militärrentner (Kriegsbeschädigte, Kriegshinterbliebene u. a.) und Kleinrentner, die als solche Unterstützung erhalten. Die Anträge auf Befreiung sind bei den Stellen anzubringen, die die Unterstützung gewähren.

Befreit werden ferner innerhalb der gedachten Grenze Personen, die aus öffentlichen Kassen Wartegeld, Ruhegehalt, Witwen- und Waisenpensionen und dergleichen im Jahre 1922 in einer Höhe von nicht mehr als 200 000 Mark erhalten haben. Das Gleiche trifft bei Geistlichen, Kirchenbeamten und Angestellten religiöser, wissenschaftlicher, mildtätiger und gemeinnütziger Organisationen zu, deren Gehalt den Betrag von 200 000 Mark nicht überschritten hat. Haben diese Personen neben ihren Bezügen aus der öffentlichen Kasse oder für ihre Amtstätigkeit noch sonstiges Einkommen aus Kapitalvermögen, so darf die Befreiung nur erfolgen, wenn die Kapitalertragssteuer im Jahre 1922 erstattet oder auf die Einkommensteuer angerechnet ist; ist das sonstige Einkommen aus anderer Quelle, z. B. aus Grundvermögen oder aus einem Gewerbe geflossen oder ist es Arbeitseinkommen, so darf es im Jahre 1922 die Höhe von 5000 Mk. nicht überschritten haben.

Hat also z. B. die über 60 Jahre alte Witwe eines Beamten im Jahre 1922 neben einer Pension von 140 000 Mk. den Genuß von Kapitalzinsen in Höhe von 25 000 Mk. und außerdem noch 5000 Mk. Arbeitseinkommen gehabt, so wird die Befreiung von der Wohnungsbauabgabe auf Antrag erfolgen, denn einerseits muß nach den Bestimmungen des Einkommensteuergesetzes der Witwe die Kapitalertragssteuer erstattet oder auf ihre Einkommensteuer angerechnet werden, und andererseits hat das Arbeitseinkommen die Grenze von 5000 Mark nicht überschritten.

Der Erlaß der Wohnungsbauabgabe

knüpft neben dem Einkommen an das Lebensalter der Person an. Im allgemeinen wird es möglich sein, allen über 60 Jahre alten Personen die Abgabe ganz oder teilweise für die von ihnen benutzten Räume im Jahre 1923 zu erlassen, wenn ihr Gesamteinkommen (einschließlich des Einkommens der Haushaltangehörigen) im Kalenderjahre 1922 nicht höher als 200 000 Mk. gewesen ist. Der Erlaß kann auch unter 60 Jahre alten Personen gewährt werden, wenn sie erwerbsunfähig oder nicht nur vorübergehend behindert sind, ihren Lebensunterhalt durch eigenen Erwerb zu bestreiten oder wenn die Erhebung der Abgabe wegen Krankheit oder aus sonstigen Gründen für den Zahlungspflichtigen eine besondere Härte bedeuten würde, in allen Fällen vorausgesetzt, daß die obengenannte Grenze des Gesamteinkommens im Vorjahre nicht überschritten ist.

Die Befreiungsanträge der Pensionäre usw. und sämtliche Erlaßanträge sind bei dem Gemeindevorstand anzubringen. Zur beschleunigten Erledigung der in großer Zahl zu erwartenden Anträge ist es erforderlich, daß die Anträge die für die Entscheidung notwendigen Angaben enthalten und daß ihnen auch die nicht entbehrlichen Belege beigefügt werden. Die Anträge müssen die in Betracht kommenden Räume genau nach Lage (Straße, Hausnummer, Vorder- oder Hinterhaus, Stockwerk), Art (heizbare Zimmer, Küche usw.) und Zahl bezeichnen, den Gebäudeeigentümer, sowie die Personen einzeln nennen die die Räume bewohnen oder benutzen. Bei Untervermietung sind insbesondere die gesamten und die untervermieteten Räume und das Verhältnis des Mietwerts der leeren Räume zu einander anzugeben. Der Nachweis des Einkommens im Vorjahre wird durch Vorlegung des Einkommensteuerbescheids für 1922 oder durch besondere Bescheinigung des Finanzamts zu erfolgen haben. Was sonst im einzelnen Fall noch an Belegen einzureichen ist, ergibt sich aus den obigen Darlegungen. Für die Anträge der Sozial-, Militär- und Kleinrentner werden bei den Stellen, die die Unterstützungen bewilligen, Vordrucke bereitgehalten.

vor allem an der Auffindung und Sicherstellung des geeigneten Anpassungsmaßstabes zu leisten und mit der Aufklärungsarbeit sich außer an die Beamten an die breiteste Oeffentlichkeit zu wenden.

w. **Neue Reichsbanknoten.** Wie die Voss. Ztg. hört, ist die Reichsbanknote über eine Million Mark nunmehr fertiggestellt. Sie wird binnen kurzem zur Ausgabe gelangen. Der Schein ist etwas größer als der 500 000-Mark-Schein und dunkel in der Farbe. Auf der linken Seite trägt er einen Dürerschen Frauenkopf.

* **Wert der Sachbezüge.** Der Wert der Sachbezüge der versicherten Personen für den Bezirk des Stadtkreises Bochum wird gemäß § 160 Abs. 2 der RVO. und § 1 Abs. 3 des Angestelltenversicherungsgesetzes vom 2. Juli 1923 ab wie folgt festgesetzt: a) für männliche Personen: 9600 Mk. täglich, 288 000 Mk. monatlich, 3 456 000 Mk. jährlich; b) für weibliche Personen (einschl. Lehrlinge aller Art): 8800 Mk. täglich, 264 000 Mk. monatlich, 3 168 000 Mark jährlich. Als Wert der einzelnen Sachleistungen wird festgesetzt: für 1. Frühstück (Morgenkaffee ein Sechszehntel männl. 600 Mk., weibl. 550 Mk., für 2. Frühstück ein Sechszehntel 600 Mk. bezw. 550 Mk., für Mittagessen drei Achtel 3600 Mk. bezw. 3300 Mk., für Nachmittagskaffee ein Achtel 1200 Mk. bezw. 1100 Mk., für Abendessen zwei Achtel 2400 Mk. bezw. 2200 Mk., für Wohnung einschl. Licht und Brand ein Achtel 1200 Mk. bezw. 1100 Mk. — Bemerkung: Für verheiratete Personen mit eigenem Hausstand gelten mit Ausnahme der freien Wohnung diese Sätze. Der Wert der freien Wohnung wird für diese Personen von Fall zu Fall festgesetzt.

* **Eine englische Abordnung in Bochum.** Vorgestern weilte eine englische Abordnung in Bochum, um sich bei maßgebenden Vertretern der Bergarbeiterschaft nach der Ernährungslage und nach den sonstigen Verhältnissen zu erkundigen. Sie sprach die Befürchtung aus, daß eine Hungersnot zum Bolschewismus führen werde, der dann nicht auf Deutschland beschränkt bleibe und ganz Westeuropa mit sich hinabreiße. Den Engländern wurde erklärt, daß die deutsche Regierung den passiven Widerstand nicht befohlen habe und ihn auch nicht hätte befehlen können; die Arbeiterschaft habe aus sich heraus gehandelt.

∞ **Stadtschutz.** Vielfach ist heute noch im hiesigen Publikum die Auffassung vertreten, daß nach wie vor die hiesige städtische Brandwache die berufene Stelle sei, um bei Schlägereien, Haustreitigkeiten und sonstigen Vorkommnissen hilfeleistend einzutreten. Bei derartigen Vorkommnissen ist die Brandwache nicht mehr zu alarmieren. Geschieht es dennoch, so erscheint es nicht ausgeschlossen, daß eine Strafverfolgung eintritt. Nur bei Bränden darf eine Alarmierung erfolgen. Bei allen anderen Anlässen ist heute der „Stadtschutz" die berufene Stelle. Meldungen sind an die betreffenden Wachlokale, auch an die Rathauswache zu richten.

+∞ **Das Hilfswerk für die Ruhrgefangenen.** Man schreibt uns: Ein hiesiges Blatt berichtete in einem Artikel „Das Hilfswerk" über die Gefangenenfürsorge. Dem möchten wir nachtragen, daß trotz der schwierigen Verhältnisse das Rote Kreuz in der Lage ist, die Verpflegung der Gefangenen in alter, gewohnter, ausreichender Weise vorzunehmen. Es werden nach wie vor reichlich Mittag- und Abendessen und nachmittags Kaffee mit Brötchen gereicht. Daß die Verpflegung gut ist, beweisen die zahlreichen Dankesbriefe und die Spenden, die dem Vaterländischen Frauenverein aus diesem Anlaß zugehen. — Wir möchten an dieser Stelle dem Roten Kreuz den tausendfach verdienten Dank noch einmal aussprechen, zugleich aber die herzliche Bitte an alle richten, dies Werk der Vaterlandsliebe und der Nächstenliebe durch eifriges Spenden zu unterstützen. Gebe ein jeder zu seinem Teil — es wird willkommen sein, und es wird denen, die für uns leiden, vielleicht trübe Stunden erleichtern helfen.

∞ **Wochenmarkt.** Der letzte Wochenmarkt, der Samstag auf dem Wilhelmsplatz stattfand, wies schon von den frühen Morgenstunden an einen sehr regen Besuch auf. Die Beschickung war an diesem Tage, namentlich in Gemüse und Obst, besser. Gegen Mittag war auch hier der Verkauf zu Ende. Butter, Eier, Fische, Pilze, Spargel waren nicht angefahren. Fleisch- und Wurstwaren hielten die alten Preise. Ochsenfleisch wurde zu 32 000 Mk., Gefrierfleisch zu 20 000 Mk., Schweinefleisch zu 34 000 Mk. verkauft. Heringe kosteten

Der Sieg über das Leben.

Von Erica Grupe-Lörcher.

Copyright 1922 by Allgemeine Fleischer-Zeitung Actien-Gesellschaft Berlin SW. 68, Lindenstraße 69.

75) (Nachdruck verboten.)

Wie ein riesiges, gewölbtes, samtnes, dunkles Gewölbe stand es in riesigen Dimensionen über ihnen. Zu diesen stillen, ewigen und majestätischen Fernen drangen nicht die entsetzlichen Klänge des Aufruhrs, in denen sich hier unten auf dem glühenden Boden dieses Landes die Menschen zerfleischten!

Noch einmal rangen die absterbenden müden Kräfte des Abendlandes in der herabsinkenden Macht Spaniens mit den aufsteigenden Kräften des Morgenlandes und des Ostens. Mit den Kräften, denen einst hier die Zukunft gehören würde!

*

Auf dem Ruhebett des chinesischen Zimmers lag er aufgebahrt. Edith wußte, sein Lieblingszimmer war eigentlich sein Arbeitszimmer gewesen, weil er es sich völlig im deutschen Stil eingerichtet hatte. Weil er sich in demselben zwischen Möbeln und lauter Andenken aus Deutschland bewegte, die er sich aus einer Zeit, die ihm die liebste seines Lebens geworden war, mitgebracht. Aber jener Raum war zur Arbeit berechnet. Drinnen der chinesische Salon hatte ihm zum Ausruhen gedient, mit seinem Ruhebett in köstlichen seidenen Decken, seinen kostbar gestickten Kissen, seinen weichen Matten und Teppichen, den bestickten Wandbehängen und wohnlichen Ecken.

Hier sollte er nun ruhen von seiner Lebensarbeit. Wenigstens für Stunden. Denn der alte Augustin hatte geäußert, man müsse dem Herrn sein Grab hier im Park bereiten. Noch heute nacht. Um ihn im Morgengrauen in die Erde zu betten, ehe die Spanier kamen, um nach ihm zu fahnden, ehe sie noch seinen Leichnam durch ihre Wut zu entheiligen vermochten! Sein eigener Grund und Boden sollte ihn hier aufnehmen. Sollte ihn verbergen und hüten. Und die alten Baumriesen des Parkes sollten sich wie zum Dach einer Gruftkapelle über ihm wölben.

Er hatte die Dienerschaft angeleitet. Sie glitt jetzt mit Hacken und Schaufeln in den Park hinaus. An einer Stelle im tiefen Gebüsch, an der erst schier undurchdringliche Schlingpflanzen entwirrt werden mußten, begann man unter dem langsam weitergleitenden Licht des Mondes ein Grab zu schaufeln.

Dann ging der Alte ins Haus. Der Rest der Nacht blieb ihm noch zur Totenwache. Aber er fand bereits Edith im chinesischen Zimmer an. Das tat ihm wohl. Er wußte, wie sehr der Verstorbene Deutschland und alles Deutsche geliebt. Wie er seinen Stammesgenossen immer wieder gesagt, welch reiche Anregung, wie viel Umsicht, wie viel Wertvolles er durch seinen Aufenthalt in Deutschland gefunden. Und wie er dieses geistig gewonnene Gut nun im Ringen um die Freiheit des Landes und zum Heil seiner Heimat benutzen würde, um diesmal den Kampf der Philippinos in modernerem Maßstabe führen zu lassen.

Und nun hielt eine deutsche Frau hier mit Totenwache an seiner Bahre!

In einer Ecke des Zimmers, über den geschnitzten Ebenholzsesseln und dem goldgestickten Wandschirm hing eine chinesische Ampel. Sie trug die Form einer viereckigen Laterne. Eine Kerze brannte in ihr. Aber ihre Scheiben waren aus Milchglas und mit so dichten kunstvollen chinesischen Malereien bedeckt, daß das sanfte Licht nur gerade die Umrisse des Zimmers erkennen ließ.

Edith saß auf einem der tiefen Armsessel. Ihr Kopf war tief an die Lehne zurückgesunken. Sie war am Ende ihrer Kräfte. Jetzt, wo sie sich nicht mehr um Pedro Penang zu bangen hatte, sank die Anspannung ihrer Selbstbeherrschung, mit der sie sich auch auf dem anstrengenden Ritt aufrechtgehalten.

Nun durfte ihr Herz zur Ruhe gehen.

Aber ihre Gedanken waren wach, und ihr Schmerz und ihre Erinnerung. Unter den halbgesenkten Lidern ruhte ihr Blick unbeweglich auf dem Toten. Es störte sie nicht, als der Alte nun in seiner geräuschlosen Art hereinglitt. Er hatte Pedro Penang noch als Kind auf den Armen getragen. Er war das einzige noch lebende Andenken an das Vaterhaus von Penang. Und ihm war es jetzt beschieden, das Lebenswerk an Penangs Freund weiterzugeben, damit es nicht völlig in dieser Unglücksnacht zusammenbrach.

Sie öffnete die Augen, wie Augustin nun in seiner bescheidenen Art näher zu ihr trat. „Sennorika! Ich habe Angst vor einer Haussuchung durch die Spanier! Deswegen muß ich etwas Wichtiges mit Ihnen besprechen. Die Spanier werden kommen und ihn suchen. Man muß seinen Tod verheimlichen. Die andern Diener haben hierauf ihren Schwur abgelegt. So sollen die Spanier Pedro Penang vorläufig in den Bergwäldern suchen! Unterdessen muß aber sein Freund Aguinaldo die richtigen Schriftstücke erhalten, die Pedro Penang noch aufgehoben hat —"

Der Name des Freundes war ihr nicht unbekannt. Penang hatte ihn ihr gegenüber mehrmals als seinen Vertrauten, seinen Miteingeweihten, bezeichnet.

„Ich weiß, wo diese Schriftstücke sind, Augustin! Und da es kein Spanier wagen darf, mich zu verdächtigen, werde ich sie an mich nehmen. Ich werde sie aufheben, bis du mir Aguinaldo bringst und ich sie ihm weitergeben kann!"

Der Alte schwieg. Seine Lippen zitterten. Er wollte ihr danken. Aber jetzt, da er neben dem Toten stand, der an seinem Lebenswerk zerschellt war, schlug der Schmerz wieder über ihm zusammen. Edith verstand seine Gedanken. „Sei beruhigt, Augustin! Wir können deinem toten Herrn nicht besser dienen, als daß wir helfen, alles das noch zur Erfüllung zu bringen, was noch unerfüllt blieb."

Da brach sein Schmerz hervor. „Dieser unglückliche Zustand, Sennorita! Noch weiß ich nichts Näheres über die Vorgänge in der Stadt. Aber es ist sicher, daß in Cavite schwer gekämpft worden ist! Weil die Unseren die Leuchtkugeln für das verabredete Zeichen hielten! Weil sie dadurch zu früh losschlugen!"

Er flüsterte noch kurze Zeit. Immer unter niederstürzenden Tränen. Und sie hatte nichts, um ihn trösten zu können. Auch sie wußte nichts. Denn noch immer waren weder Haltermann noch seine Frau zurückgekehrt! Die Sorge um Haltermann wuchs groß in ihr auf. War er in den Aufruhr geraten? Hatte die Suche nach seinem Weibe ihn weiter und über den Palast des Gouverneurs hinausgeführt?

Der Alte weckte sie wieder aus den sorgenvollen Gedanken. Er war an den Toten herangetreten und beugte sich lange über ihn, wie um sein Bild für immer nochmals in sich aufzunehmen. „Er lächelt, Sennorita! In seinem Gesicht liegt gar nichts von Schmerzen, unter denen er mit seiner Verwundung gestorben ist. Er hatte im Leben so gute, so schöne und so traurige Augen. Aber wenn ich ihn jetzt als Toten betrachte, müßte man annehmen, er habe nur ein glückliches Leben gehabt."

Edith sah zu ihm hinüber. Der friedliche Zug in dem stillen geliebten Gesicht hatte sich auch über ihrem Schmerz zu legen begonnen. Der Alte flüsterte weiter: „Vielleicht hat er in den letzten Augenblicken seines Lebens einen Blick in die Zukunft tun dürfen und hat die Freiheit unseres Landes gesehen!"

Edith rannen endlich die ersten erlösenden Zähren über die Wangen. Seine letzten Augenblicke standen wieder vor ihr. Das Lächeln hatte sich über seine Züge gelegt bei seinen Worten: „Ich habe all mein Glück durch Sie empfangen! — Die Zukunft hätte uns zusammengeführt —!"

Vielleicht war er mit einem Wunschbild ins Nirwana geschritten. In seinen letzten verlöschenden Gedanken sich Hand in Hand mit ihr gesehen. Und seine Hand auf dem blondlockigen Knaben neben sich ruhend!

Hatte nicht vielleicht eine höhere Hand aus Güte ihm jetzt die Augen für immer geschlossen und sein junges Leben geendet auf der Höhe seiner Arbeit, seiner Ziele, seiner persönlichen Wünsche?

Hatte ihm aus Güte erspart, daß Edith ihm seinen Lebenswunsch nicht erfüllen konnte, weil ihr Herz einem andern zugegangen war. Hatte ihm das Zukunftsbild seiner Heimat vorenthalten, deren tragisches Schicksal in all ihrem Reichtum, in all ihrer Schönheit es war, vom Joche einer fremden Macht immer wieder in den Besitz einer andern Macht wandern zu müssen!

(Fortsetzung folgt.)

1000—1500 Mk.; Matjesheringe 2000 Mk. Im übrigen stellten sich die Preise wie folgt: Kirschen 10—14 000 Mk., Stachelbeeren 5—6500 Mk., Erdbeeren 20 000 Mk., Gurken 12—15 000 Mk., Salat 2200—2500 Mk. pro Kopf, Kohlrabi 2500—3000 Mark, Zwiebeln 6000 Mk. pro Pfund, Blumenkohl wurde mit 15—16 000 Mk. pro Kopf gehandelt. Neue Kartoffeln stellten sich auf 3500 Mark pro Pfund. Welche Summen heute die Heranschaffung von Marktwaren erfordert, davon kann man sich einen Begriff machen, wenn man bedenkt, daß ein Auto von Düsseldorf nach Bochum 4½ Millionen Mark kostet.

Σ **Der Zentral-Verband Deutscher Kriegsbeschädigten und Kriegerhinterbliebenen,** Ortsgruppe Bochum, veranstaltete kürzlich im Saale H. Hucke („Zum Freudenberg") in Hamme einen Theaterabend. Zur Aufführung gelangte das Volksstück „Der Schmied von Ruhla". Hierfür hatte sich freundlichst die T. A. T. J. S der Liboriuspfarrei Bochum-Grumme zur Verfügung gestellt. Die Leitung lag in den Händen des Spielleiters Herrn Oesterschlink, in dessen Händen auch die Rolle des Vogtes lag. Der Landgraf und der Schmied wurden durch die Herren Weber und Vogel verkörpert. Frau Hilde und das Trudle (Frl. Wehlen und Frl. Bals) fanden reichlich Anklang; desgleichen der Heiner (Herr Dirkes), sowie die übrigen Mitwirkenden. Einige humoristische Vorträge beschlossen den Abend.

* **Vorsicht mit Tintenstiften!** Es dürfte immer noch nicht genügend bekannt sein, wie vorsichtig man bei kleinen Verletzungen an den Händen mit Tintenstiften umgehen muß. In Wien hat kürzlich ein Arzt einen Kranken vorgestellt, der sich mit einem Tintenstift eine Verletzung am Daumen zugezogen hatte, sodaß eine Operation erfolgen mußte. Die Verletzung sah zuerst ganz harmlos aus, bald aber machte sich rings um die kleine Wunde herum eine immer weiter zunehmende Abtötung der Gewebe bemerkbar. Es sind weiter Fälle bekannt, in denen nach durch Tintenstifte verursachten Verletzungen die Sehnen angegriffen waren und sogar eine Abnahme von Fingergliedern notwendig wurde. Man gehe daher mit Tintenstiften äußerst vorsichtig um. Die Gefahr wird zu leicht unterschätzt.

Nicht heimgekehrt. Der 17jährige Artur Birkholz, hier, Herner Str. Nr. 286, ist von einem am 29. Juni 1923 unternommenen Ausfluge nicht zurückgekehrt. Beschreibung: schlank, 1,77 Meter groß, blond, blasse Gesichtsfarbe, Augen blau, grauen Anzug (gestreift), grüne Schülermütze, gelbe Halbschuhe (modern), er trug eine graue Segeltuchhandtasche bei sich, außerdem einen Paß mit französischem Visum.

* **Eisenbahndiebstähle.** Hier wurden zwei junge Burschen aus Weitmar festgenommen, die sich Eisenbahndiebstähle in großem Umfange hatten zuschulden kommen lassen. Sie hatten aus den im Bahnhof stehenden Waggons Reisekoffer und sonstige Lederwaren im Werte von nahezu 50 Millionen Mark gestohlen und die Beute in einem nahen Roggenfelde versteckt, um sie von dort später abzuholen. Ein biguer Wagen, mit einem Fuchs bespannt, hat auch bereits eine Reihe Koffer weggeschafft, jedoch ist es bis jetzt noch nicht gelungen, das Gefährt zu ermitteln. Die beiden Spitzbuben wurden hier verhaftet und in das Gerichtsgefängnis eingeliefert.

Polizeibericht. Vermißt wird seit dem Sonnabend, 30. Juni d. J. ein 3½ jähriger Junge mit Vornamen Heinrich. Er trug blaue Trikotjacke, dunkles Höschen, helle Schürze, gelbe Schuhe und graue Zipfelmütze. Im Ermittelungsfalle wolle man der Kriminalpolizei Nachricht geben. — Durch Einbruchsdiebstahl sind aus einer Wohnung an der Bülowstraße ein hellgrauer Regenmantel und eine weiße Tischdecke entwendet; aus der Waschküche eines Hauses an der Cäcilienstr. acht leinene Bettücher, drei Umschlagbettücher, vier Tischtücher (Damast), acht weiße Kissenbezüge, sieben Damenhemden, sieben Damenbeinkleider, acht Oberhemden (weiß), acht Kinderhemdchen, ein Ueberhandtuch, ein Bettbezug (Damast, gestreift) zwei Paar Kissenbezüge, zwei Plumeaubezüge und eine Anzahl Taschentücher, Servietten, Kinderleibchen Kragen und Manschetten. — Ferner wurde gestohlen: von dem Hofe des „Bochumer Anzeigers" an der Alleestraße ein Fahrrad: dunkles Gestell, gelbe Felgen, Lenkstange gerade mit acht Löchern viermal geschweißt, das Rad hat die Fabriknummer 126 349; aus dem Flur des Hauptpostamtes hier ein Fahrrad, Marke Torpedo, schwarzen Rahmen gelbe Felgen, Freilauf mit Rücktrittbremse, brauner Sattel mit Tasche, Lenkstange nach unten gebogen. — Eine Person gelangte wegen Diebstahlsverdacht bezw. Hehlerei, eine Person wegen gefährlicher Körperverletzung und Freiheitsberaubung zur Anzeige.

* **Vermißt.** Die 14jährige Marianne Schotthauer, Wiemelhauserstraße 202, die am 2. d. M. aus der elterlichen Wohnung fortgegangen ist, wird seitdem vermißt. Die Eltern wissen nicht, wo das Mädchen geblieben ist und bitten alle, die etwas von ihm erfahren haben sollten, um Nachricht. Das Mädchen ist mittelgroß, hat hellblondes Haar und frisches gesundes Gesicht, bekleidet war es mit geblümtem grauem Dirndlkleid und Turnschuhen, einen Hut hatte es nicht auf.

Zum Leichenfund in Grumme. Zu den Notizen betr. das Auffinden einer Leiche in einem Roggenfelde nahe der Vierhausstraße geht uns von der Kriminalpolizei noch nachfolgende Ergänzung zu: Der Tote war 1,73 Meter groß, von guter Muskulatur, er trug dunkelblonde, etwa 10 Ztm. lange Haare. Das Gebiß war ziemlich schadhaft, es fehlten 8 Zähne, darunter 2 Schneidezähne im Oberkiefer, 2 andere Zähne waren kariös. Der Tod ist infolge eines Schusses in den Kopf von hinten eingetreten, anscheinend in der Nähe des Tatortes. Die Bekleidung bestand aus modernen guten Stoffen. Der zweireihige Paletot war olivgrün, braun und lila meliert und wirkte bräunlich, er hatte große schwarze Hornknöpfe. Der komplette Anzug (Sacco, Weste und Hose) war in der Grundfarbe dunkelgrau meliert, durchzogen von dunklen blauen Längsstreifen, die sich mit je einem einzelnen Streifen von 1 Ztm. Abstand und je drei Parallelstreifen mit je ⅓ Ztm. Abstand abwechselten, wodurch der ganze Farbenton blaugrau wirkte. Der Mann trug ein Normalhemd, gestreiften weichen Kragen, seidenen farbigen Selbstbinder, Hosenträger aus starkem Gummiband, Vorderseite schwarz mit angewebten weißen Rändern, Rückseite weiß, mit Lederschlaufen zum Anknöpfen. Braune Socken, Gummistrumpfhalter, schwarze, gut besohlte Schnürschuhe. An der Weste steckte, vom Sacco verdeckt, ein messingenes Hakenkreuz. Die Leiche hat ihrem Zustande nach mehrere Wochen gelegen. Wertsachen und Papiere sind nicht gefunden worden. Vermutlich ist der Mann gelegentlich der letzten kommunistischen Unruhen zu Tode gekommen. Sollten Personen vermißt werden, auf die obige Angaben passen, oder sollten Personen vorhanden sein, die über die Sache selbst etwas mitzuteilen wissen, so wolle man sich bei der Kriminalpolizei im Zimmer 1 der Staatsanwaltschaft melden.

Handel / Industrie / Verkehr

1 Dollar am 7. Juli 175560 Mk.
(Nach der amtlichen Berliner Notierung „ 6. „ 175560 „

Amtliche Devisenkurse. (Berlin)

Für drahtliche Auszahlungen	7. Juli. Geld	7. Juli. Brief	6. Juli. Geld	6. Juli. Brief	Höchst. bish G.
Holland 1 G.	68827.5	69172.5	68827.5	69172.5	62343.5
Belgien 1 Fr.	8628.—	8672.—	8628.—	8672.—	8054.50
Norwegen 1 Kr.	28329.0	28471.0	28029.5	28170.5	25935.
Dänemark 1 Kr.	30723.5	30877.0	30324.0	30476.0	27930.
Schweden 1 Kr.	46383.5	46616.5	46383.5	46616.5	42094.5
Italien 1 Lir.	7631.—	7669.—	7631.—	7669.—	6962.50
England 1 St.	798000.	802000.	798000.	802000.	728175.
Amerika 1 D.	175560.	176440.	175560.	176440.	159600.
Frankreich 1 Fr.	10274.0	10326.0	10276.0	10324.0	9501.—
Schweiz 1 Fr.	30324.0	30476.0	30324.0	30476.0	28079.5
Spanien 1 Pes.	24937.5	25062.5	24937.5	25062.5	23042.
Dtsch.-Oest. 100 Kr.	259.35	260.65	249.37	250.63	232.41
Tsch.-Slow. 1 Kr.	5386.50	5413.50	5361.50	5388.50	4922.50
Ungarn 1 Kr.	20.29	20.41	20.29	20.41	18.75

Ein Dollar in Newyork 200 000 Mark.

Im Verlauf der Newyorker Börse setzte sich die Abwärtsbewegung der Mark weiter fort. Der niedrigste Kurs, auf den die Mark hinabglitt, war 0,0004625, d. i. 210 210 Mark für den Dollar; der höchste Kurs war 0,0005875, d. i. 186 047 Mark für den Dollar. Der Schluß- und Nachbörsenkurs lauteten beide auf 0,0005 bis 0,0005125 d. i. 195 123 bis 200 000 Mark für den Dollar.

Deutsche Aktiengesellschaften.

Barmer Bankverein. Aus einem Reingewinn von 957 374 000 Mark (49 571 000 Mark) hat der Aufsichtsrat beschlossen, den Gewinn in folgender Weise zu verwenden: 150 Proz. Dividende auf 500 Mill. Mark = 755 000 000 Mark (i. V. 14 Proz. auf 200 Mill. Mark = 28 000 000 Mark).

Disconto-Gesellschaft. In der Sitzung des Aufsichtsrats der Disconto-Gesellschaft wurde beschlossen, der auf den 24. Juli einzuberufenden Generalversammlung die Verteilung einer Dividende von 250 Pros. in Vorschlag zu bringen.

Deutsche Bank. Die Aufsichtsratssitzung, in der der Abschluß für das abgelaufene Geschäftsjahr vorgelegt werden soll, findet am 10. Juli statt.

Darmstädter und Nationalbank. Aus einem Reingewinn von 1 289 967 898 Mark wird beantragt, eine Dividende von 200 Prosent zur Verteilung zu bringen.

Deutsche Solvay-Werke A.-G. in Bernburg. Der Abschluß ergibt einen Reingewinn von 1375 Mill. Mark (i. V. 31 365 000 Mark). Die Dividende wird auf 250 Prozent (20 Proz.) festgesetzt.

Alexanderwerk A. von der Nahmer A.-G., Remscheid. Die Generalversammlung beschloß, das Aktienkapital um 88 auf 125 Millionen Mark zu erhöhen. Von den neuen Aktien wird ein Teilbetrag den Aktionären im Verhältnis 1:1 zu 2000 Prozent angeboten. Die verbleibenden 40 Mill. Mark werden zum Schutze gegen Ueberfremdungsgefahr zunächst nur mit 25 Prozent ausgegeben.

Die M. und F. Liebhold A.-G. Heidelberg fordert zur Ausübung des Bezugsrechts auf 16,5 Mill. Mark neue Stammaktien bis einschließlich 31. Juli auf.

Neue Preise.

Erhöhung der Stahlbundrichtpreise. In der Beratung zwischen den Vertretern der Erzeugerwerke, des Großhandels, der Verbraucher und Arbeitnehmer wurden generell folgende ab 6. 7. gültigen Richtpreise (Werksgrundpreise) für Halbzeug und Walzeisen für 1 Kg. mit den bekannten Frachtgrundlagen beschlossen, wobei für die Thomaswerke im unbesetzten Gebiet noch besondere Preisbestimmungen getroffen wurden. Die Preise betragen für Rohblöcke und für Thomas-Handelsgüte 4437 Mk., für Siemens-Martin-Handelsgüte 4768 Mk., Vorblöcke 5012 Mk. bezw. 5376 Mk., Knüppel 5341 bezw. 5729 Mk., Platinen 5524 bezw. 5924 Mk., Formeisen 6262 bezw. 6655 Mk., Stabeisen 6300 bezw. 6700 Mk., Universaleisen 6792 bezw. 7228 Mk., Bandeisen 7733 bezw. 8169 Mk., Walzdraht 6698 bezw. 7126 Mk., Grobbleche 5 mm und darüber 7098 bezw. 7562 Mk., Mittelbleche 3 bis unter 5 mm 7952 bezw. 8428 Mk., Feinbleche 1 bis unter 3 mm 9301 bezw. 9777 Mk., Feinbleche unter 1 mm 10 234 bezw. 10 666 Mk. Für die Ueberpreise ergibt sich ein Zuschlag von 30 000 Prozent auf die Marksätze der bekannten Ueberpreislisten.

Der Reichsverband der Fabrikanten von viereckigen Drahtgeflechten e. V., Bochum, hat mit Wirkung vom 27. Juni d. J. die Aufpreise für verzinkte viereckige Drahtgeflechte wie folgt festgesetzt: +3050 Proz. Aufpreis für Rheinland und Westfalen, +3150 Proz. Aufpreis für die übrigen Bezirke auf die Verbandsliste 1923.

Festsetzung der neuen Kohlenpreise.

Berlin, 8. Juli. Wie die TU. erfährt, wird der Reichskohlenrat am Montag nachmittag zu einer Sitzung zusammentreten, um die infolge der jüngsten Lohnerhöhungen im Kohlenbergbau notwendig gewordene Erhöhung der Kohlenpreise festzusetzen.

Aus dem Landkreise Bochum.

* **Riemke,** 7. Juli. Bebauungspläne. Die Gemeinde legt großen Wert auf produktive Erwerbslosenfürsorge und beabsichtigt eine Reihe von Bauplänen auszuführen. Sie ist hierzu gezwungen, da sich die Zahl der Arbeitslosen von Tag zu Tag mehrt. Ein Teil der Arbeiten ist bereits in Angriff genommen, so die gerade Durchlegung der Luisenstraße, vorläufig bis zur Dorfstraße. Die Bahnhofstraße soll eine neue Straßendecke erhalten, zunächst aber schon der Bürgersteig mit Asche aufgetragen und neue Bordsteine eingesetzt werden. Die Kanalstraße erhält, soweit das vorhandene Material noch ausreicht, ebenfalls eine neue Aschendeckung auf den Bürgersteigen. Für die Straßendecke wird der auf der Herner Straße noch lagernde Kleinschutt Verwendung finden. Neues Material ist unterwegs und kann durch die verworrenen Bahnverhältnisse zurzeit noch nicht hereingebracht werden. Sobald dies möglich ist, soll sofort die Hermannstraße, die als Umfahrtsstraße sehr gelitten hat, ausgebessert werden. Die Herner Straße oberhalb des Bahnüberganges soll, soweit angängig, fertiggepflastert und der übrige Teil vorläufig chausseemäßig ausgebaut werden. Da die Chausseegräben noch nicht sofort beseitigt werden können, weil darüber noch Verhandlungen mit der Provinz schweben, werden vorläufig aber schon Straßeneinläufe für die Tageswässer eingebaut. In diesem Zusammenhang werden die Hausbesitzer ersucht, die Hausanschlüsse an den neukanalisierten Straßen gleich mit vornehmen zu lassen. — Als besonders großzügiger Plan ist der Ausbau des Zisliertalwaldes zu einem Volkspark ins Auge gefaßt. Verhandlungen sind hierüber aber noch erst mit den Grundbesitzern und mit dem Verbandspräsidenten des Ruhrsiedlungsverbandes notwendig. Die Stadt Bochum, die Eigentümerin eines Teiles des Waldes ist, hat ihre Mitwirkung an der Ausführung des Planes früher schon zugesagt. Der Plan ist dann aber immer an der Kostenfrage gescheitert. Jetzt wird er Verwirklichung finden, sobald die formelle Genehmigung der Regierungsstelle gegeben ist. Die Gemeinde hat dann etwas Großes geschaffen und die Erwerbslosen für eine geraume Zeit in Beschäftigung gehalten. In der früheren Gemeindewirtschaft an der Herner Straße wird der Stallanbau umgebaut, um daselbst die Polizeiwache unterzubringen.

at. **Querenburg,** 7. Juli. Die Bevölkerung hat im zweiten Vierteljahr 1923 um 11 Personen zugenommen. In dieser Zeit haben fünf Eheschließungen stattgefunden. Im abgelaufenen Vierteljahr wurden 14 Kinder, und zwar 7 Knaben und 7 Mädchen, lebend geboren. Gestorben sind in der Gemeinde Querenburg in dieser Zeit 6 Personen. Im letzten Vierteljahr sind hier 74 Personen zu- und 73 fortgezogen. — Ausflügler. Die nürmeren Tage in letzter Zeit locken wieder viele Ausflügler nach dem idyllischen Querenburg. Zu Hunderten ziehen die Menschen durch die Otto Hue-Straße, vorbei an der neuen Bergmannssiedlung, in den Kalwesbusch hinein. Während die eine, westliche Seite dieser Straße mit schmucken Siedlungshäusern bebaut ist, harren auf der anderen Seite die vor Jahresfrist stillgelegten Bauten der Bergmannssiedlung, Ruinen gleich, immer noch der Vollendung. Hoffentlich kann der Weiterbau demnächst begonnen, sodaß die Häuser möglichst noch in diesem Jahre bewohnt werden können. Der sehr nötige Ausbau der Straße wäre ebenfalls längst vollendet, wenn die Häuserbauten s. Zt. fertiggestellt worden wären. — Der Kalwesbusch steht jetzt in seiner herrlichen Pracht. Die Städter wissen es und strömen herbei, um hier ihre Lungen in frischer, würziger Luft zu baden.

* **Langendreer,** 7. Juli. Ohne Paß. Bei einer Zugrevision wurde ein Ausländer angehalten, der ohne Paß in das besetzte Gebiet reisen wollte. Bei näherer Untersuchung fand man bei ihm zwei Kupferplatten, die zur Anfertigung von ausländischen Geldscheinen, besonders hohen Dollarnoten dienen sollten. Weiter wurde bei ihm die Liste mehrerer „Mitarbeiter" gefunden, aus alledem ging hervor, daß man es mit einer internationalen Gaunergesellschaft zu tun hat. Die Hauptbeteiligten sollen in Hamborn wohnen.

Aus der Nachbarschaft.

* **Wattenscheid,** 7. Juli. Verschüttet. Auf Zeche Holland 3-4 war der Bergmann Wilh. Becker Günnigfeld mit dem Senken einer Strecke auf der 9. Sohle im Flöz Sonnenschein beschäftigt; er geriet unter plötzlich hereinbrechende Gesteinsmassen. Die sofort eingesetzten Bergungsarbeiten schienen im Anfang Erfolg zu haben, da man den Verunglückten bereits zur Hälfte frei hatte. Leider verschütteten ihn erneut niedergehende Bergmassen vollends. Erst gegen 1 Uhr mittags gelang es, die Leiche zu bergen.

* **Hattingen,** 7. Juli. Zur Verkehrssperre. Die Auswirkungen der über die Ruhrgrenzteile Westfalens und Rheinlands verhängten Sperre für Autos, Straßenbahnen und Fuhrwerke machen sich außerordentlich drückend bemerkbar. Endlose Scharen müder Wanderer ziehen die staubigen Straßen entlang; der eine schleppt Kartoffeln, die kaum noch zu erhalten und zu bezahlen sind, der andere Kohlen, andere tragen Körbe mit Lebensmitteln, wieder andere mühen sich mit anderen Teilen, unter deren Last sie fast zusammenbrechen, und müde Kinder weinen. Es ist ein Zug des Jammers. Wir in Hattingen stehen mitten darin. Der Straßenbahnverkehr mit dem Industriegebiet beginnt erst hinter der Ruhrbrücke, über die Brücke kommen aber nur Lebensmitteltransporte mit Ausweis, und, wie wir gestern schon erwähnten, Schulkinder und Lehrer aus dem diesseitigen Teile der Gemeinde Winz, um die Winzer Schule an der anderen Ruhrseite besuchen zu können. Erlaubnisscheine zum Ruhrübergang in Winz werden von den Amts- und Stadtbureaus gerne ausgestellt; aber was nutzt das alles, wenn die französische Platzkommandantur im Rathause den dazu nötigen Stempel verweigert! Im Rathause war das Menschengedränge gestern und heute zeitweise übergroß. Gestern nachmittag wurden unter Führung des stellv. Platzkommandanten alle diejenigen Personen, weit über 100, über die Brücke befördert, die Ausweise über Bochum, Gelsenkirchen, Wattenscheid usw. als Wohnort hatten. Viele Ankommenden bitten für die Nacht um Obdach, das ihnen auch bereitwilligst gewährt wird. Manche begnügen sich mit einem Plätzchen im Hausflur.

Gerichtszeitung.

Ueberschichten bei 29—30 Grad Celsius.

s. Eine Angelegenheit, die in allen Kreisen des Ruhrkohlenbergbaues lebhaftes Interesse finden dürfte, beschäftigte in ausgedehnter Verhandlung die Essener Strafkammer. Unter der Anklage der Uebertretung der bergpolizeilichen Vorschriften hatten sich zu verantworten der Revierſteiger Friedrich Leonhardt, der Hilfssteiger Wilhelm Bramen und der Hilfssteiger Karl Moll, sämtlich aus Horst-Emscher. Den Angeklagten wird zur Last gelegt, Ueberschichten bei einer Grubentemperatur von mehr als 28 Grad zugelassen zu haben. Leonhardt außerdem nicht für genügende Bewetterung an der Arbeitsstelle in der Grube Sorge getragen haben. Sämtliche Angeklagte sind auf der Zeche Nordstern beschäftigt. Der Angeklagte Leonhardt führte als Revierſteiger das Revier 4. Zu Anfang April vorigen Jahres ließ er im Flöz 13 neben einem zu Bruch gegangenen Aufhauen ein anderes hochbringen, ohne daß er in dem neuen Aufhauen eine Sonderbewetterungsvorrichtung anbrachte. Der staatliche Aufsichtsbeamte stellte bei seinen Einfahrten fest, daß die Temperatur in dem neuen Aufhau 29 Grad betrug. Nach den normalen berggesetzlichen Bestimmungen ist Ueberarbeit in der Grube bei einer 28 Grad übersteigenden Temperatur aus gesundheitlichen Rücksichten untersagt. Gleichwohl haben die Angeklagten die Ueberarbeit bei einer Temperatur von 29 Grad zugelassen. Der Vorsitzende des Betriebsrats, der davon Kenntnis erhielt, erstattete Anzeige, mit dem Erfolg, daß gegen die drei Angeklagten das Strafverfahren eingeleitet wurde. In der Verhandlung vor dem Schöffengericht in Buer machten die Angeklagten geltend, daß in dem neu hochgezogenen Aufhauen ausreichende Wetterführung geherrscht habe, trotzdem eine Sonderbewetterung nicht eingebaut worden war. Das ursprüngliche Verbot, Ueberarbeit bei einer Temperatur von mehr als 28 Grad zu verrichten, sei unter den Notverhältnissen des Krieges praktisch hinfällig geworden. Das Hindenburg-Programm habe diese Bestimmung beseitigt, und seitdem sei sie nicht wieder in Kraft gesetzt worden. Unter dem Drucke der Kohlennot sei es auf den Zechen ganz allgemein üblich, die durch das Hindenburg-Programm vorgesehene Durchbrechung der ursprünglichen berggesetzlichen Bestimmung als fortbestehend zu betrachten. Diese von den Angeklagten geltend gemachten Gesichtspunkte wurden in der Verhandlung vor dem Schöffengericht auch durch einen bergtechnischen Sachverständigen unterstützt, der im übrigen bestätigte, daß die Bewetterung in dem neuen Aufhauen ausreichend gewesen sei. Er bekundete weiter, daß in ähnlichen Fällen auch auf anderen Zechen eine Sonderbewetterung nicht eingebaut worden und daß die Bergbehörde niemals dagegen eingeschritten sei. Das Schöffengericht kam auf Grund der Beweisaufnahme zur kostenlosen Freisprechung der Angeklagten. Gegen dieses Urteil legte die Staatsanwaltschaft Berufung ein. In der Verhandlung vor der Essener Strafkammer ergab sich im wesentlichen der gleiche Sachverhalt wie vor dem Schöffengericht in Buer. Der Sachverständige bekundete, daß i. Z. die Kohlennot immer größer wurde und das Hindenburg-Programm herauskam, die Anordnung erging, die Bergleute sollten soviel Ueberschichten verfahren, als in ihren Kräften stand. Die Bestimmung, daß die Grubentemperatur bei der Arbeit nur bis zu 28 Grad betragen darf, sei unter der Einwirkung des damaligen Notstandes fallengelassen worden. Dieser Zustand sei in der Folgezeit auch durch den Reichskommissar Mehlich sanktioniert worden. Auch das Fehlen einer Sonderbewetterung bedeute einen Verstoß gegen die bergpolizeilichen Vorschriften. Es sei ausreichend Gelegenheit für die Wetterregulierung vorhanden gewesen. Im übrigen ergab die Beweisaufnahme, daß die Bergleute selbst keine Einwendung gegen die beanstandeten Zustände erhoben hätten. Im Gegenteil, sie hätten vielfach den Wunsch zur Ueberarbeit unter den gegebenen Verhältnissen geäußert. Es wurde weiter in der Verhandlung angedeutet, daß bei Erstattung der Anzeige gegen die drei Angeklagten nebenbei auch politische Beweggründe im Spiele gewesen seien. Der Staatsanwalt vertrat die Auffassung, daß das berggesetzliche Verbot, Ueberschichten bei einer Temperatur von mehr als 28 Grad zu verrichten, nach wie vor in Kraft sei und nur durch eine gesetzliche Maßnahme aufgehoben werden könne. Er beantragte gegen die Angeklagten Geldstrafen von 2000 bezw. 1000 Mk. Die Strafkammer schloß sich der Auffassung und Entscheidung des Vorderrichters an und verwarf die Berufung der Staatsanwaltschaft auf Kosten der Staatskasse, indem sie anerkannte, daß die Angeklagten sich gutgläubig eine jahrelang bestehende Gepflogenheit zu eigen gemacht hätten.

Ein zum Tode Verurteilter als Einbrecher.

s. Ein Mann, dem in seinem Leben das Schicksal übel mitgespielt und den eine günstige Fügung von der drohenden Hinrichtung gerettet hat, stand unter der Anklage des Einbruchsdiebstahls vor der Essener Strafkammer. Der Angeklagte ist der Montageschlosser Heinrich Malkus aus Buer. Wie noch erinnerlich, wurde Malkus vor einiger Zeit wegen des an der Ehefrau Röttgen in Gelsenkirchen verübten Raubmordes unschuldig zum Tode verurteilt. Eine glückliche Fügung lenkte die Spur auf den wirklichen Raubmörder, den Bilderreisenden Grabowski aus Gelsenkirchen, der dann in einer späteren Verhandlung vom Essener Schwurgericht zum Tode verurteilt, in der Folgezeit aber zu lebenslänglicher Zuchthausstrafe begnadigt worden ist. Der unschuldig verurteilte Malkus, der vor dem Raubmord in der Strafanstalt Herford, in der er eine längere Freiheitsstrafe wegen Diebstahls verbüßte, entwichen war, hatte unter der Einwirkung der erlittenen Seelenqualen den festen Entschluß gefaßt, für sein Leben nicht mehr die Bahn des Verbrechens zu betreten. Er wurde zunächst auch ein anderer Mensch und arbeitete fleißig auf der Zeche, bis er dann in der Folgezeit in seine alte Diebesleidenschaft zurückfiel. Eines Nachts wurde das Lebensmittellager der Gemeinde Ueberruhr von Dieben erbrochen und beraubt. Die Einbrecher erbeuteten sieben Fässer Schmalz, 50 Pfund Butter und andere Lebensmittel. Unter den Dieben befand sich auch der Angeklagte Malkus. Anläßlich einer Haussuchung in seiner Wohnung hatte Malkus schleunigst eine Menge der aus Diebstählen herrührenden Sachen zu einem Verwandten geschafft. Der Angeklagte wird auch der Hehlerei wird aus der Haft vorgeführt. Er wird sich demnächst auch noch in einem anderweitigen Diebstahlsverfahren zu verantworten haben. In der Verhandlung bestritt er zunächst, an dem Einbruchsdiebstahl in Ueberruhr beteiligt gewesen zu sein. Unter dem Drucke der Zeugenaussagen aber bequemte er sich schließlich zu einem Geständnis. Die Beteiligung an einem zweiten Einbruch bestritt er nach wie vor, in diesem Falle käme nur Hehlerei in Frage. Der Staatsanwalt beantragte eine Zuchthausstrafe von 2 Jahren 6 Monaten. Die Strafkammer billigte dem Angeklagten noch einmal mildernde Umstände zu, die nicht zum wenigsten in den anläßlich seiner Verurteilung zum Tode ausgestandenen seelischen Erschütterungen gefunden wurden. Das Urteil lautete wegen schweren Rückfalldiebstahls auf 1 Jahr 6 Monate Gefängnis. Von der Hehlerei wurde er freigesprochen, da sie ihm nicht hinreichend nachgewiesen werden konnte.